Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 160. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 12. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Quell aller Qual, das ist der Geiz:
Erst des Gewinnes Stachelreiz,
Dann des Bewahrens Sorg und Not,
Zuletzt, der's nimmt: der bittre Tod.

Gellert.

Sind hohe Einkommen christlich zu rechtfertigen?

Von Prof. D. Dr. Dennert-Godesberg.

Wir werden offenbar bald in die Lage gestellt sein, diese Frage zu stellen; denn allem Anschein nach wird unser nationaler Staat sie über kurz oder lang wachrufen, insofern er die bestehenden hohen Einkommen aufheben wird. Dann wird sich der Christ die obrige Frage vorlegen müssen. Zunächst wollen wir einmal einige grundsätzliche Vorbemerkungen machen. Der Christ wird das Eigentum an sich auf jeden Fall bejahen müssen; denn erstens ist es eine seit den ersten Zeiten aller Kultur bestehende und daher mit ihr unlösbar verbundene Einrichtung. Wir kennen keine Urmenschen ohne selbstgeschaffene Werkzeuge, diese aber sind ein ganz unzweifelhaft wertvollstes Eigentum dessen gewesen, der sie schuf. Das Eigentum ist also nicht ein christlicher, sondern ein allgemein menschlicher Begriff. Es fragt sich daher, wie sich das Christentum zu ihm gestellt hat, und da kann es sich nur darum handeln, was sein Herr, Christus, von ihm gesagt hat.

Man *könnte* ja nun vielleicht aus der sehr wertvollen Geschichte vom reichen Jüngling folgern, das Christus alles *Eigentum* ablehnte („Verkaufe alles und folge mir nach!") Daß dies aber ein Irrtum ist, zeigt das tiefgründige und tiefbedeutungsvolle Gleichnis von den anvertrauten Pfunden: derjenige, der damit gearbeitet hat, und zwar gewinnbringend, wird belohnt. Aber dieses Gleichnis stellt daneben auch den allein christlichen — wir können auch hinzufügen: allein ethischen — Begriff des Eigentums auf: es ist ein anvertrautes Gut, mit dem zu arbeiten unsere Pflicht ist; aber eben doch nur anvertraut. Wir müssen es einst verlassen, wie nehmen es nicht mit in das Land jenseits des Grabes, und dann müssen wir Rechenschaft davon ablegen, und es wird sich unsere sittliche Beurteilung danach richten, wie wir das uns anvertraute Gut verwaltet haben. Daß dies im christlich-sittlichen Sinn und nur im Maßhalten für eigenen Genuß und in der Verwendung für den Bruder, Nächsten und die Allgemeinheit unserer Gemeinschaften geschehen kann, bedarf weiter keiner Erörterung.

Christus lobt in seinem Gleichnis den am meisten, der mit dem anvertrauten Pfund am meisten gewinnbringend gearbeitet hat. Das könnte für den oberflächlichen Beurteiler ganz irreführend sein, indem er dadurch den Wucher oder jedenfalls den hohen Gewinn und das hohe Einkommen als von Christus nicht nur zugelassen, sondern sogar als höchstes Ziel hingestellt ansieht. Wie falsch dies ist, das zeigt aber nun gerade jene Geschichte vom reichen Jüngling: Dieser wendet sich ab von Christus, der dann zu seinen Jüngern das schwerwiegende Wort sagt: es sei leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher ins Himmelreich komme. Der Sinn dieses Wortes ist natürlich, daß ein Reicher vielmehr Hemmnisse für sein religiöses Leben habe als ein Armer. Verdammt wird der Reichtum als solcher hier nicht. — Christus lobt also in dem Gleichnis nicht den Reichsten, sondern den am meisten, der am treuesten gearbeitet hat. Das tut aber ein Mensch mit geringerem Einkommen und Vermögen oft genug viel mehr als einer mit großem.

Wie schwer gerade die Stricke für den letzteren sind, brauchen wir nun nicht erst auseinanderzusetzen; die letzte Zeit hat uns durch Aufdeckung von Korruption in jenen Kreisen dies ja genugsam bewiesen, und damit auch die tiefe Wahrheit jenes Wortes Christi. Wir können also allgemein sagen: Reichtum und großes Einkommen sind für den Christen durchaus nicht wünschenswert und daher erstrebenswert, sondern nur ein solches, das ihm ein gesichertes und sorgenfreies Leben gestattet. Wir dürfen dann aber auch hinzusetzen, daß ein solches von dem Christen ebenfalls für alle seine Nächsten erstrebt werden soll.

Damit kommen wir von der persönlichen Seite unserer Frage zur sozialen, und die spielt ja auch in die Geschichte vom reichen Jüngling hinein, wenn Christus sagt, daß er seine Habe den Armen geben solle. Darin liegt dann ferner die Weisung, wie auch ein Reicher dem sittlichen Verderben entgehen kann: er soll seinen Reichtum zum Besten der Armen verwerten. Nun wollen wir gewiß nicht leugnen, daß es schon genug an „Reichen" gegeben hat, die ihr hohes Einkommen und großes Vermögen in dieser Weise christlich-sittlich ausgenutzt haben. Es läßt sich aber auch nicht verschweigen, daß deren Prozentsatz ein sehr geringer ist, daß vielmehr den meisten ein hohes Einkommen und großes Vermögen zum sittlichen Fallstrick werden. Wieder hat die letzte Zeit dieses erschütternd erwiesen. Und hier liegt der Weg zur richtigen Antwort auf die Frage unseres Themas.

Sie kann wieder persönlich und sozial sein. Im Interesse des einzelnen sind übergroße Einkommen und Vermögen durchaus verwerflich. In dessen eigenem Interesse hat die Regierung das Recht, ihm ein solches zu entziehen, wenn er nicht selbst genugsam Einsicht hat, darauf zu verzichten. Man könnte dagegen einwenden: Die Leistungen der Menschen sind verschieden wertvoll, und daher müssen es auch ihre geldlichen Bewertungen sein. Wer wollte dies leugnen? Damit ist jede öde Gleichmacherei auch aus sittlichen Gründen abzulehnen. Es ist aber sehr schwer, einen gerechten Geldmaßstab für die Leistungen zu finden. Im-

Das heutige Rußland und wir

Praktische und diplomatische Sicherung des Rußlanddeutschtums

Von Georg S. Löbsack.

So mußte es einmal auch in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen kommen; der Erdstoß war unvermeidlich, das unterirdische Grollen hat niemals aufgehört. Wie eine gewaltige Stichflamme lodert im jungnationalen Deutschland der Protest gegen die Aushungerung der deutschen Rußlandbauern auf. 1000 Protestversammlungen in einer Woche! Massendemonstrationen in Berlin! Geldsammlungen für die Hungernden unter Führung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland und des Deutschen Roten Kreuzes! Nicht mehr internationale Klassensolidarität mit dem Bolschewismus der KPD und der SPD! Sondern deutscher Volksgeist zu deutschem Volksgeist über die Grenzen hinweg! Deutschland, das nationalrevolutionäre Deutschland, erbebt in allen Nerven ob der Aushungerung seiner Volksteile im Bolschewistenstaat! So wird binnendeutsche Volkswiedergeburt zur außendeutschen! Mit Herz und Hand. Deutsche nationale Revolution springt beherzt gegen den russischen Marxobolschewismus auf. Um ihre eurasische Peripherie scharf abzugrenzen gegen die Weltrevolution des Kreml.

Jedoch: gefährdet das die deutsch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen? Wird nicht die Sowjetdiplomatie nun erst recht in die Hand Frankreichs und der Kleinen Entente einschlagen? Um den Germanismus in Ketten zu legen? Um aus den Nichtangriffspakten mit allen Sowjetnachbarn, nun auch Rumänien eingeschlossen, einen osteuropäischen Bündniswall aufzutürmen, wie ihn die Weltgeschichte nicht gesehen hat? Um so bedenklicher doch scheinen diese Gefahren zu sein, als auch Italien Deutschland hier allein zu lassen droht. Nicht nur, daß es dem Anschlußgedanken widerstrebt und im Fall Oesterreich eher auf der französischen als der deutschen Seite zu finden ist. Nein, eine Zeitung des Duceregimes warnt Deutschland auch vor einer Antisowjetpolitik nach englischen Absichten. Und hat nicht vor sechs Jahren Mussolini selbst gesagt, daß am sichersten eine frankoromanische Schwesternfreundschaft in Südosteuropa dem Germanismus das Vordringen über den Balkan nach Vorderasien versperren könnte?! Ohne Zweifel: In London hat Litwinow zugleich im Sinne Italiens und Frankreichs gewirkt, wenn er eilfertig Nichtangriffspolitik mit den Sowjetnachbarn von Finnland bis Afghanistan macht.

Deutschland aber lädt sich noch den Volkskampf jetzt auch gegenüber der Sowjetunion auf den Rücken. Revolutionär bäumt es sich auf gegen die Entmenschlichung seiner Blutsbrüder durch den Bolschewismus. Im Gegensatz zu der überkommenen Taktik, das rußlanddeutsche Minderheitsproblem diplomatisch zu übersehen und sich sogar von ihm abzukehren, beginnt ein tatkräftiger Volksschutz auf europäischem Staatsgebiet, wenn auch nur mittels Protest und Hungerhilfe, getragen aber von dem nationalrevolutionären Schwung, den ohnehin die Welt noch nicht in ihre diplomatischen Kreise vollgültig aufnehmen will. Und der Kremlgeist selbst gewittert in Kriegsdrohungen gegen Deutschland bis zu den Worten einschließlich: „In unserer Hand könnten sich notfalls sehr wohl auch deutsche Provinzen erweisen, wenn usw....", d. h. wenn Deutschland im Verein mit England oder irgendwem versuchen sollte, die Sowjetunion in die Enge zu treiben und gar noch etwa die Ukraine von Moskau zu lösen. Und wenn freilich auch dieses Essen beiderseits nicht so heiß verzehrt wird, wie es kocht, so hungert der Kreml doch schon die deutschen Rußlandkolonisten aus und vertieft Litwinow die Zusammenarbeit mit Paris, Italien, London und Washington. Allein mit Japan und Deutschland ringt der Kremlgeist — vergeblich.

Schematisch gesehen, nach überkommenem Muster in Gruppenbildern, ist das richtig. Aber Versailles hat die deutsche Nationalrevolution gezeugt, geboren und als Recken hingestellt. Das umgekehrte Versailles ist der Endsieg Deutschlands im Weltkrieg. Und ist zugleich Urheber eines neuen Festungsbaues in der Weltpolitik. Fortan ist die diplomatische Anerkennung Deutschlands — und wer hat sie ihm verweigert? — zugleich auch Anerkennung des summierten außenpolitischen Willens der neuen deutschen Wirtschaftskraft, des sozialreligiösen Kulturgeistes, des volksdeutschen Lebenskampfes auf dem ganzen Erdenrund, der staatlichen Diplomatie und opferbereiten Wehrhaftigkeit, kurz: des volksdeutschen Macht- und Schaffensgeistes in höchster Potenz. Sie richtig einzuspielen in Weltpolitik und Völkerrecht, ist ebenso Aufgabe der Führung Deutschlands, wie es die Klugheit und nüchterne Ueberzeugung der übrigen Welt sein muß, den volksdeutschen Lebensernst des Potsdam von 1933 künftig als ein Urrecht Deutschlands politisch zu würdigen.

Blickt man aber dergestalt durch die Welt, so ist die Protesthilfe an die Volksgenossen im Sowjetstaat lediglich eine logische Fortsetzung des deutschen Minderheitenschutzes, wie er vom Völkerbund und von der gesamten Weltpolitik schon immer anerkannt, wenn auch nicht immer gefördert, oft sogar niedergehalten worden ist. Ist der Sowjetstaat da eine Ausnahme? Hat er da Ursache, deutschen Volksschutz auf seinem Gebiet zu verneinen? Ist er da berechtigt, deutsche Bauernmassen auszuhungern, nur weil sich ihr Volkstum von seinem weltrevolutionären Sozialmaterialismus und von seiner staatsmonopolistischen Selbstvernichtung nicht verzehren lassen will? Hätte da nicht Deutschland die volksdeutsche Befugnis zur außenpolitischen Sicherung der Kolonisten am Schwarzen Meer, in der Krim, im Kaukasus, in Sibirien, an der Wolga und in Turkestan?

Es gibt Wege dafür: Man denke nur an das Konsulatwesen! Könnte nicht jetzt endlich in Saratow an der Wolga gleichfalls ein Konsulat durch gesetzt werden — ein alter deutscher Wunsch, verschüttet in den Amtsakten, weil vom Kreml abgelehnt? Freilich müßten die Volksschutzrechte solcher Konsulate ebenso genau umgrenzt werden wie die wirtschaftspolitischen Aufgaben. Dem Kreml muß klargemacht werden, daß neue deutsche Außenpolitik den Volksschutz in der Welt auch für jene Deutschen einbegreift, die nicht Reichsdeutsche sind, und daß ein solcher Schutz kein Eroberungsdrang ist, sondern vielmehr ein starkes Unterpfand für den Frieden.

Aber wohlgemerkt, ein Unterpfand nicht nur darum, weil dann die gerechte Empörung im deutschen Volk gemildert würde; sie ist heute von der Aushungerung der Rußlandkolonisten bedingt. Sondern darum, weil ein konsularischer Volksschutz im Sowjetstaat sehr wohl zur Belebung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Rußland und Deutschland beitragen könnte. Und zwar etwa unmittelbar zwischen der Wolgadeutschen Sowjetrepublik und Deutschland, wie es ja schon vor einigen Jahren einmal offiziell im Gange war. Damals hatte die Wolgarepubli ihren Handelsvertreter in Berlin. Aber anstatt daß die deutsche Außenpolitik nun auch ihren Vertreter an die Wolga gesandt hätte, anstatt daß dieser Vertreter auch mit etlichen Minderheitenvollmachten ausgestattet worden wäre, distanzierte sie sich von dem sowjetdeutschen Minderheitenproblem und gab Moskau die Zusicherung, sich des Kolonistenschutzes zu enthalten („Nichteinmischung in die inneren Fragen des anderen Staates"). Dafür freilich verzichtete Moskau auf seine Umsturzpropaganda in Deutschland. Man weiß, wie ....

Heute ist Propagandagefahr kein Austauschobjekt mehr. Um so wichtiger erscheint da die Interessierung der Sowjetdiplomatie für die Erhaltung ihrer deutschkolonistischen Wirtschaftskraft durch Gewinnbeteiligung an einem deutsch-wolgadeutschen Sonderhandel. Ein solcher volksdeutscher Wirtschaftsvertrag wäre zugleich auch ein Vorläufer zur Auffrischung und Befriedung der internationalen Minderheitspolitik schlechthin ...

411 Städt. Bibliothek S 839

merhin, das Einkommen wird nach dem Wert der Leistungen verschieden sein müssen. Dies gerecht zu gestalten, wird die Sache des gerechten Staates sein.

Zunächst aber wird hier ein Wort von der Ausnutzung hoher Vermögen zu sagen sein. Sie geschieht, wenn nicht durch die Werte schaffende Verwendung im kapitalistischen Staat durch den Zins, d. h. durch einen arbeitslosen Gewinn aus dem Kapital. Es liegt mir nun fern, hier die Zinsfrage überhaupt aufzurollen, obwohl ich persönlich als Anhänger der Ottoschen Verrechnungstheorie für völlige Abschaffung des Zinses bin, wohl aber ist es nötig, hier ein Wort von der „Zinsknechtschaft" zu sagen. Kann jemand sagen, daß dies von den Nationalsozialisten aufgebrachte Schlagwort seine große Berechtigung hat? Leidet nicht die schwere Gegenwart auch ganz besonders deshalb so, weil die Menschheit in eine Knechtschaft des Zinses, wenigstens des überhohen, geraten ist? Und ist es daher nicht eine der wichtigsten Aufgaben der nationalen Regierung, diese Knechtschaft zu brechen? Ich denke, darüber ist weiter kein Wort zu verlieren. Und vom Standpunkt des Christentums aus sind solche Bestrebungen zu unterstützen.

Neben dem arbeitsfreien Einkommen des Zinses steht noch ein anderes, das als eine Giftblüte des liberalistischen Kapitalismus zu bezeichnen ist, nämlich das der sogenannten Aufsichtsräte. Wenn da ein Mann für wenige Sitzungen ein nach Zehntausenden, ja Hunderttausenden zählendes Einkommen hat, während neben ihm ein anderer — vielleicht sein Arbeitnehmer — nicht weiß, wie er seine Familie ernähren soll, so ist dies nicht nur unsittlich, sondern auch absolut unchristlich, und der Staat des nationalen Sozialismus sollte Wege finden, diese Giftblüte und die Pflanze, aus der sie erwuchs, schleunigst zu vernichten.

Und nun das Einkommen aus regelrechter Arbeit. Der Arbeiter ist seines Lohnes Wert, und zwar seiner Arbeit entsprechend. Das ist ein durchaus christlicher Grundsatz. Aber wir haben schon darauf hingewiesen, daß es schwer ist, die Arbeit geldlich gerecht zu werten? Wie soll da ein Maßstab gefunden werden, daß eine Gleichbewertung bei der Ungleichheit der Menschen und ihrer Leistungen ausgeschlossen ist, muß für den Christen selbstverständlich sein, schon nach dem tiefen Sinn jenes Gleichnisses von den anvertrauten Pfunden. Und wenn verstiegene Idealisten — oder sind es Materialisten? — des Kommunismus etwa auf die Gleichwertung aller menschlichen Leistungen dringen, so liegt darin eine völlige Verkennung des Menschentums. Ein „normaler" Mensch, der sich seiner geringeren Leistungsfähigkeit bewußt ist, muß sich auch gegen solche Gleichbewertung seiner geringeren Leistungen mit offenkundig höheren erklären, vom christlichen Standpunkt aus erst recht.

Andererseits muß die Höhe der Bewertung der Arbeitsleistungen eine Grenze haben. Ihre Schrankenlosigkeit in dem hinter uns liegenden liberalen Zeitalter ist ein Unfug, der leider immer noch nicht ganz vernichtet ist. Da ist z. B. zu sagen, daß die sogenannten Repräsentations, und Aufwandsgelder keine Berechtigung haben. Gewisse „Repräsentationen", wie z. B. luxuriöse Essen und Gesellschaften, sollte der Staat nicht dulden oder, wenn sie doch gegeben werden, ihre Bestreitung den Betreffenden überlassen. Ein so armes Volk wie wir kann sich solche „Repräsentationen" nicht mehr leisten und muß von seinen Beamten größte Einfachheit und Maßhalten verlangen. Wer diese nicht einhalten kann, ist nicht würdig, Beamter eines nationalen Staates zu sein. — Wenn aber z. B. ein Oberbürgermeister als „Aufwandsgeld" für die Wartung seines Hundes fordert und erhält, während nebenan sein „Nächster" hungert, so ist dies nicht nur unsittlich und unchristlich, sondern ein Verbrechen, tausendmal schwerer, als wenn ein Hungriger ein Brot stieht. Gewiß wird manche höhere Stellung von ihren Inhabern auch geldlich mehr verlangen als eine niedere, z. B. bei Wohltätigkeitssammlungen usw. Dafür hat der Betreffende aber eben auch ein entsprechend höheres Gehalt. Noch besser wäre eine besondere Kasse für solche amtlichen Aufwendungen.

Oder wenn wieder ein Oberbürgermeister — von anderen gilt natürlich dasselbe — für seine beruflichen Leistungen mehr als 100 000 Mark jährlich erhält, während er duldet, daß in seiner Gemeinde den unverschuldet Arbeitslosen die karge Unterstützung noch weiter gekürzt wird, so hat er nicht die Fähigkeit ein so hohes Amt zu bekleiden. Unchristlich ist er jedenfalls, und wenn er noch so laut sein angebliches Christentum zur Schau trägt. — Diese Beispiele lassen sich vermehren. Sie sprechen laut und vernehmlich: Christliche Gesinnung muß sich gegen so hohe Einkommen erklären.

Und wie hat sich nun der Christ gegenüber der Bewertung seiner Arbeit zu stellen? Das ist ja bei alledem vielleicht die wichtigste Frage; denn wir müssen uns doch darüber klar sein, daß alle Maßnahmen auf wirtschaftlichem usw. Gebiet nur dann wirklichen Erfolg haben, wenn sie von dem einzelnen in der richtigen Gesinnung aufgenommen werden. Und dies soll doch bei uns — und gerade in dem neuen nationalen Staat — die christliche sein! — Es wird dabei im wesentlichen nicht auf mittelwertige, sondern extrem wertige Leistungen ankommen, also auf Menschen mit recht geringwertiger und sehr hochwertiger Begabung. Wenn ein Christ sich bewußt ist, daß ihm nun einmal eine geringere Begabung zuteil geworden ist, so wird er trotzdem auch mit diesem „Pfund" arbeiten, und dankbar sein, wenn er zureichendes Auskommen und Versorgung im Alter hat. Dieses aber muß ihm der gerechte soziale Staat gewährleisten. Im allgemeinen wird bei Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht bei Menschen geringwertiger Leistungen — stets christliche Gesinnung vorausgesetzt — wohl weniger Widerspruch erhoben als von seiten der anderen, also derjenigen, die hochwertigste Leistungen aufzuweisen haben. Bei diesen wird die Erfüllung des Grundsatzes: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", ganz wesentlich schwerer sein; denn sie werden sich sagen, daß sie in dem bisherigen Staat zufolge ihrer Leistungen ein viel höheres Einkommen erreichen konnten. Aber gerade bei ihnen wird sich daher auch der christliche Standpunkt am schönsten bewähren können. Er wird von ihm aus das Opfer für die Allgemeinheit freudig leisten, und er wird sich sagen, daß gerade er mit seinen größeren Gaben und seinen höheren Leistungen dazu berufen ist, für den Nächsten mit zu schaffen und denen eine zureichende Existenz zu sichern, die das Leben nicht so wie ihn begünstigt hat. So werden also hochwertige Menschen im nationalen Staat angesichts des deutschen Sozialismus gerade vom christlichen Standpunkt aus die Kraft gewinnen können, jenen höchsten Einkommen im bisherigen Staate freudig zu entsagen; denn der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ist tief christlich, und er kann eigentlich nur von denen freudig befolgt werden, die das Wort ihres Meisters kennen: Was ihr getan habt diesen euren geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.

Gerade vom christlichen Standpunkt aus lassen sich die hohen Einkommen nicht rechtfertigen, weil sie die Möglichkeit sozialer Gerechtigkeit beeinflussen, denn jeder Verzicht auf ein übermäßig hohes Einkommen ermöglicht es der Gesamtheit, für die Menschen, denen das Leben nur geringerwertige Leistungen gestattet, besser zu sorgen. Was kann man denn eigentlich im tiefsten Grunde für solche Höchsteinkommen sagen? Schließlich doch nur, daß sie den Inhabern ein größeres Wohlleben gestatten, dies aber ist direkt unchristlich. Sie lassen sich also nie und nimmer christlich rechtfertigen.

Zwei Aufgaben

Kanzlerrede in Dortmund

Anläßlich einer Tagung der SA. aus Westfalen, an der rund 70 000 SA.-Männer teilnahmen, gab Reichskanzler Adolf Hitler einen kurzen Rückblick auf die letzten 14 Jahre und betonte, daß er mit mehr Zeit für den nationalsozialistischen Kampf gerechnet hätte.

Wir haben Position um Position errungen, so fuhr der Kanzler dann fort, und tatsächlich den Geist der Zwietracht bekämpft, über Konfessionen, Klassen und Berufe hinweg die Gewalt eines einheitlichen Reiches gesetzt. Ein Wille kann heute dieses Volk beherrschen und damit führen und läutern.

Die Parteien sind beseitigt und werden niemals wiederkehren. Diese Parteien stoßen jetzt gegen eine eiserne Organisation des nationalen Willens. Ich darf mit Stolz bekennen, daß wir hiermit etwas Gewaltiges in der deutschen Geschichte geleistet haben. Wer hätte jemals geglaubt, daß fünf Monate nach unserem Machtantritt das Zentrum die Fahne verlassen würde. Wir sind glücklich darüber, denn wir möchten gerne, daß der Kampf im religiösen Leben ein Ende nimmt und sind auch glücklich, daß es gestern gelang, in Rom ein Konkordat zu paraphieren, auf Grund dessen nunmehr für alle Zukunft den Priestern verboten sein wird, sich politisch in den Parteien zu betätigen. Wir sind glücklich darüber, weil wir die religiöse Not von Millionen Menschen erkennen und wissen, wie sehr sie sich danach sehnen, nicht priesterliche Vertreter der Parteien sondern einer religiösen Ueberzeugung zu sehen. Damit ist aber zugleich der politische Machtkampf abgeschlossen.

Eine Bastion nach der anderen haben wir nun in unseren Besitz genommen. Dank der eigenen Kraft und derer, die gewillt sind, auf unseren Boden zu treten, ist heute eine Front aufgerichtet, die nach Eroberung der letzten Position das Reich ausbauen und verteidigen wird. Wir sehen heute zwei riesige Aufgaben vor uns, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Ich weiß, daß viele Gegner nicht glauben werden, daß wir diese Aufgabe meistern könnten. Sie werden sich genau so irren, wie sie sich früher geirrt haben. Die Macht haben wir, niemand kann uns heute mehr Widerstand entgegensetzen, nun aber müssen wir den deutschen Menschen für diesen Staat erziehen.

Unser nationalsozialistischer Staat soll ewig stehen, indem wir die Bürger zu ihm erziehen, indem wir das deutsche Volk auf den Sinn dieser Ideen hundertprozentig einstellen. Es muß sich darum handeln, in den kommenden Jahren unermüdlich immer mehr die Erziehung der Millionen Menschen durchzuführen, auf daß sie hineinpassen in unseren Staat. Diese Erziehung ist nicht in der Theorie möglich, sondern wir schaffen die Schule der Praxis, in die in Zukunft jeder Deutsche kommen wird, um geschult zu werden für deutsches Sein. Wir werden genau so zähe sein wie in den hinter uns liegenden 14 Jahren.

Die zweite Aufgabe ist: Wir sehen in Deutschland eine riesige Armee von Menschen, die ohne Arbeit und damit ohne tägliches Brot ist. Wir stehen jetzt vor der größten Aufgabe, die je einem Staat gestellt worden ist: Wir müssen die Millionenarmee der deutschen Arbeitslosen besiegen. Als ich am 30. Januar die Macht übernahm, bat ich mir vier Jahre Zeit aus. Nun sind von diesen vier Jahren nicht ganz sechs **Monate vergangen, und wir haben in dieser Zeit die Zahl der Arbeitslosen um rund zwei Millionen heruntergekämpft und werden sie weiter herunterkämpfen Monat um Monat, Jahr um Jahr, bis wir diese Frage gelöst haben. Wir haben uns dieses Ziel gesteckt, und ich werde dies Ziel verfolgen und mit mir alle meine Mitkämpfer.**

Und wenn wir einen Mißerfolg haben sollten, werde ich am nächsten Tage wieder anfangen. Wir werden die Konsumkraft unseres Volkes wiederherstellen und die deutsche Wirtschaft wieder befruchten, und werden damit den Millionen Menschen nicht nur Lebensmöglichkeit schaffen in materiellem Sinn, sondern werden ihnen die Verzagtheit nehmen, die in der Aussichtslosigkeit liegt, mit der sie den Aufgaben des Lebens gegenüberstehen.

Wir sind, so beendete der Kanzler alsdann seine Rede, die größte Organisation, die jemals in Deutschland bestanden hat. Wir müssen so führen, daß noch spätere Generationen mit Stolz auf diese Zeit zurückblicken. Auf uns liegt nicht

---

Bekenntnis.

Ich hoff', ich hab das Meine nun getan
Und geb' nun freudig andern freie Bahn.
Mit Freud' und Sorge geh' ich von Euch fort
Von hier an einen stillen, heil'gen Ort.
Ihr baut nun weiter an dem Dritten Reich, —
Den Weg zum vierten zeige ich Euch gleich.
Den Streit um das Bekenntnis hab' ich satt.
Ich kenn' nur ein Bekenntnis — das der Tat.
Denn nichts auf dieser Erde kann besteh'n,
Wenn wir den Pfad der Liebe nicht begeh'n. —

Georg Bonne.

Können Lebenswerte eines Volkes abgegolten werden?

Von D. Bruno Gutmann, Moschi (Ostafrika).

Fortsetzung.

Die französische Revolution ist gerade damit hervorgetrieben worden, daß die Bauerngemeinde solidarisch haftbar war, und also ein Bauer, der seine Steuer gezahlt hatte, immer in der Gefahr schwebte, für einen andern, zahlungsunfähigen, ins Gefängnis geworfen zu werden. Die einzig gesunde Form der Selbstverwaltung afrikanischer Stämme kann nur die volksorganische verantwortliche sein. Wie weit man aber davon entfernt ist, beleuchtet schlaglichtartig ein Vorbehalt, der dem Zusatze beigefügt ist, und als wichtig begrüßt wird. Dieser Vorbehalt bestimmt ausdrücklich, daß es nicht notwendig sei für den Zentralausschuß, einen beabsichtigten Ausschluß (exclusion, nicht expropriation nennt man diese für unbestimmte Zeit vorgesehene Landübernahme zur Verpachtung an die Goldsucher) der Ortsverwaltung oder den betroffenen Eingeborenen mitzuteilen. Die Begründung ist wundervoll einfach. Der Chief Native Commissioner gab sie in der Sitzung der gesetzgebenden Körperschaft am 20. Dezember 1932 mit den Worten: „Der Ausschluß würde den Eingeborenen doch nicht verständlich sein (would not be popular with the natives) und sie darum zu befragen, wäre nur eine Posse. Es sei unwahrscheinlich, daß sie zustimmen würden, was man auch für eine Entschädigung zahlen werde. Das gleiche gelte von den Körperschaften. Es komme nichts dabei heraus, wenn man zu ihnen gehe und sie befrage. Nach der Grundverordnung (jener Native Lands Trust Ordinance) sei es Pflicht der Zentralkörperschaft, die Ortsverwaltung zu befragen, und das werde dem Geiste nach auch fortgeführt, denn es sei ein Eingeborener als Vertreter der Ortsverwaltungen vorhanden, so daß für Kenntnis der örtlichen Verhältnisse bei der Entscheidung gesorgt sei." Der zum Anwalt für die Interessen der Eingeborenen bestellte Kommissar schloß an diese Ausführung die Worte: „Es ist kein Vergnügen für mich, etwas einführen zu helfen, das den Eingeborenen, deren Interesse ich zu schützen habe, unverständlich ist. Aber wie schon aufgewiesen, sind es die Eingeborenen, die die größten Gewinner dabei sein werden. Sie sind es bereits und haben jetzt Gelegenheit zu Reichtum und Wohlstand zu gelangen, von dem sie früher nie gewußt noch gehört haben. Und trotz der Unbequemlichkeit für sie und der Verletzung ihrer Gefühle und Empfindungen ist es gewiß, daß sie von der korrekten Verwaltung dieser Angelegenheit den größten Vorteil haben werden. Auf jeden Fall behandeln wir sie genau so wie jeden andern Untertanen seiner Majestät." Der Kommissar schloß mit den alles entscheidenden Worten: „If gold is to be found in their land, that gold must be developed."

Diesem Satze von der allen Lebensrechten vorgeordneten Macht des Goldes ist nicht widersprochen worden. Aber inzwischen ist doch ein Widerspruch zutage getreten. In der Zeitung meldete er sich selbst zu Wort mit den fetten Lettern einer Ueberschrift: „a kitchen paved with gold" („eine Küche mit Gold gepflastert"). Darunter wird erzählt, daß einer beim Grundgraben für ein Haus in der entstehenden Stadt Kakamega auf eine Goldader stieß. „Unfortunately the prot is in the township and cannot be exploited" („unglücklicherweise liegt die Stelle im Stadtbereiche und kann nicht ausgebeutet werden"). Darum hat der glückliche Entdecker dieses Goldgestein zum Pflastern seiner Küche benutzt. Wie groß ist doch der Respekt des modernen Menschen vor dem Entstehungsherd seiner Zivilisation, der Geschäftsstadt. Im Namen der Zivilisation zwingt er die Menschen von ihrer ererbten Scholle herunter, die wirklicher Nährboden für sie ist. Seine Haftstelle im Umtriebe der Geschäfte aber, die er ohne Schaden für seine Welt ebenso beweglich und verschiebbar halten könnte wie sich selber, hat sogar die Macht, die Ausbeutung des Goldes unmöglich zu machen.

Doch zurück zu den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaft. Wertvoll sind da noch Aeußerungen, die der Kommissar tat im Anschluß an die Abgeltung durch Geld in die Kasse der Ortsverwaltungen. Er sagte da: „Das Gesetz ist der eingeborenen Bevölkerung unverständlich, denn es setzt eine Auffassung der Verwendung von Land voraus die dem Denken der Eingeborenen fremd ist. Kein noch so hoher Entschädigungsbetrag würde sie veranlassen, freiwillig der Verpachtung ihres Landes zuzustimmen. Ich fürchte, wir müssen ihre Gefühle kränken, ihre Empfindungen verwunden und in einigen Fällen wohl auch ihre heiligsten Ueberlieferungen verletzen". Der Berichterstatter macht hier folgende bemerkenswerte Einfügungen: indem wir Eingeborene von einem Stück Land entfernen, auf dem zu leben sie das Besitzrecht hatten, und sie auf einem andern Stück ansetzen, dessen Besitzer das Recht haben, sie davon zu vertreiben.

„Wir müssen es mit diesen Schwierigkeiten aufnehmen. Ich kann mir keine andere Entscheidung denken, es sei denn, daß wir den Reichtum ungehoben lassen, der dem Lande den Wohlstand sichert, an welchem jede einzelne Gemeinschaft Anteil haben kann. Wir müssen nur dafür

nur die gewaltige Verantwortung für die jetzige Zeit, auch die Zukunft wird davon abhängen. Wir haben nicht nur für uns und für unsere Gegenwart gekämpft sondern auch für die Zukunft.

Unsere Bewegung ist damit aber auch des deutschen Volkes einzige Hoffnung und einziger Glaube an die Zukunft. Schart euch um dies Symbol und führt euch so, daß die kommende Generation in euch die stolzen Fahnenträger der deutschen Erhebung sieht.

Seid eine Front von eiserner Disziplin, Entschlossenheit und Mut, eine Front der Brüderlichkeit und Kameradschaft. Die höchste Tugend war immer eiserne Zucht, blinde Treue und Disziplin und vor allem immer Beharrlichkeit. Wir müssen die großen Aufgaben erfüllen, denn außer uns ist niemand mehr da, der es könnte. Nach uns würde nur die Verzweiflung kommen.

Nach der Rede des Reichskanzlers stimmte die Menge das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied an. Noch stundenlang dauerte der Abmarsch der braunen Kolonnen. Dank der bis ins kleinste gehenden Organisation verlief die Durchführung des Programms ohne jede Störung.

Deutschland wieder Beispiel für die Welt

Lord Rothermere über den Nationalsozialismus

In einem aus Norddeutschland an die Londoner „Daily Mail" gesandten Aufsatz preist der bekannte englische Zeitungsverleger Lord Rothermere die Umwälzung in Deutschland als einen „Sieg der Jugend". Er sagt u. a.:

„Diese Nation von 65 Millionen steht hinter Hitler in einer Einigkeit, wie niemals zuvor. Es handelt sich um etwas viel Bedeutungsvolleres als um die Einsetzung einer neuen Regierung.

Die Jugend hat das Kommando übernommen. Ein Strom jungen Blutes gibt dem Lande neues Leben. Die Jugend hat das Recht zur Herrschaft.

Mussolini hat die oberste Gewalt in Italien im Alter von 39 Jahren erlangt. Seine Mitarbeiter waren sogar noch jünger. Gemeinschaftlich haben sie ihr Land zum bestregierten Staat Europas gemacht. Ich erwarte vertrauensvoll, daß ähnliche Ergebnisse in Deutschland durch Hitler zustande gebracht werden, der im Alter von 43 Jahren an die Macht gelangt ist."

Lord Rothermere wendet sich dann gegen die Verleumdung der Nationalsozialisten, die sich gerade in den Kreisen des britischen Publikums findet, und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die „alten Weiber beiderlei Geschlechts" vor zehn Jahren ebenso hysterisch wegen der angeblichen „faschistischen Grausamkeiten" in Italien gewesen seien. Jetzt, wo Italien während zehn Jahren nicht nur Frieden und Fortschritt erlebt habe, sondern verglichen mit anderen Ländern sogar wohlhabend sei, seien die vereinzelten Ausschreitungen der ersten Tage des Faschismus vergessen. In gleicher Weise würden die geringfügigen Fehlgriffe einzelner Nationalsozialisten in der Fülle der Wohltaten verschwinden, die das neue Regime bereits heute Deutschland zuteil werden lasse.

Die erste Wohltat sei die Beseitigung des parlamentarischen Regimes gewesen,

das kein Ansehen, kein Selbstvertrauen und keine Selbstachtung gehabt habe. Enthüllungen, die nach dem Sturz der parlamentarischen Minister gemacht worden seien, hätten gezeigt, daß ihre Regierung nur eine Schutzwand war, hinter der skrupellose Politiker, die sich Republikaner nannten, das Volk systematisch ausplünderten. Zum erstenmal in der ganzen Geschichte Deutschlands hätten sich Betrug und Korruption in großem Maße durch die Dienstzweige des Staates zu verbreiten begonnen. Ueberdies sei die deutsche Nation immer mehr unter die Kontrolle artfremder Bestandteile gekommen. In den letzten Tagen vor Uebernahme der Herrschaft durch Hitler habe die Zahl der jüdischen Beamten in Deutschland zwanzigmal soviel betragen wie vor dem Kriege. Nur drei deutsche Ministerien hätten direkte Beziehungen zur Presse gehabt, aber in jedem dieser drei Fälle sei der für die Mitteilung von Neuigkeiten und Erläuterungen zuständige Beamte ein Jude gewesen.

Von solchen Mißbräuchen habe Hitler Deutschland befreit. Durch Mobilmachung der Jugend des Landes zur Unterstützung einer kraftvollen Politik habe er eine verzagende und verbitterte Nation mit strahlender Hoffnung und Zuversicht erfüllt. Die erste Folge des neuen Geistes, mit dem er Deutschland beseelt habe, sei eine auffallende Wiederbelebung des innerdeutschen Handels.

In England sei in weiten Kreisen behauptet worden, daß die Nationalsozialisten „brutale junge Menschen seien, die über eine geduckte und erbitterte Bevölkerung durch Terror herrschten". Dies sei eine völlige Umkehr der Wahrheit. Durch persönliche Beobachtungen, so sagt Rothermere weiter, habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sympathie der überwältigenden Masse des deutschen Volkes auf seiten dieser energischen jungen Vaterlandsfreunde stehe. Sie seien der Vortrupp einer nationalen Erhebung, die unter der sachgemäßen und zielbewußten Führung Hitlers und seiner politischen Gefährten Deutschland schnell das Vertrauen zu seiner eigenen Kraft und zu seinem eigenen Schicksal wiedergebe, das durch die Niederlage im Kriege zerstört wurde. Es sei zwecklos und unbillig, diese Wiederbelebung des deutschen Geistes übel aufzunehmen.

Es sei Deutschlands Glück, daß es einen Führer gefunden habe, der all die stärksten Kräfte des Landes zum Allgemeinbesten zusammenzufassen verstehe. Hitler habe sein Land von der kraftlosen Führung zögernder und unentschlossener Politiker befreit. Er habe dem nationalen Leben den unüberwindlichen Geist sieghafter Jugend eingeflößt.

Freie Bahn der Wahrheit

Lord Rothermere hat mit dem vorstehenden Artikel erneut und mit Nachdruck die Aufgabe fortgeführt, die er als einer der ersten Ausländer dem neuen Deutschland gegenüber zu übernehmen sich verpflichtet fühlte: Der Wahrheit freie Bahn zu schaffen: Der Aufsatz erschöpft sich nicht etwa nur in der Zurückweisung all jener aus trübsten Quellen stammenden Verleumdungen gegen das neue Deutschland, sondern er hebt mit Nachdruck die Bedeutung hervor, die der nationalsozialistischen Idee nicht nur für die Neugestaltung des Reiches, sondern für die ganze Welt zukommt. Der Aufsatz gewinnt seine besondere Bedeutung dadurch, daß hier ein prominenter Führer jenes Volkes das Wort ergreift, das sich stets gerühmt hat, in der politischen Auseinandersetzung ein Höchstmaß von Fairneß zu üben. Es ist nicht nur das Gefühl für Sachlichkeit und Anstand in der politischen Auseinandersetzung, was Lord Rothermere zum Sprechen bewegt. **Es ist auch nicht allein die Erkenntnis des Unrechtes, das die Welt durch Versailles, gegenüber Deutschland sich aufgeladen hat, die dem unermüdlichen Vorkämpfer für eine direkte Neuordnung Europas aus seiner intensiven Beschäftigung mit den ungarischen Problemen erwachsen ist. Sondern es ist die mit Eindringlichkeit vertretene Ueberzeugung, daß die Politik Adolf Hitlers für Deutschland die richtige ist, daß es für Deutschland ein Glück ist, einen Führer gefunden zu haben, der die stärksten Kräfte des Landes zum allgemeinen Besten zusammenzufassen versteht.**

Aushebung der „Roten Wehr"

Dresden, 11. Juli.

Die Polizei hat eine Sitzung von Funktionären der Roten Wehr bei Moritzburg ausgehoben und vier umfangreiche Waffenlager dieser Leute ermittelt. Bis jetzt sind insgesamt 65 Personen, darunter auch ein Polizeioberwachtmeister, in Haft genommen worden.

Wie sie hausten.

Eine Ruhrbilanz vor 10 Jahren.

Erst ein paar Wochen trennen uns von der Zeit, da Frankreich an der Spitze derer stand, die sich in der Auftischung schauerlichster Greuelmärchen aus Deutschland hervortaten. Der Höhepunkt jener Greuelinflationen ist zwar schon überschritten, denn selbst die besten Propagandalügen haben nur kurze Beine, aber dennoch hat jene Haßpropaganda im nicht deutschfreundlichen Ausland noch nicht völlig aufgehört und immer noch tiefe Spuren hinterlassen. Ausgerechnet Frankreich war es, das sich bei den Aktionen in Deutschland als „Hüter der europäischen Zivilisation" als Spitzenreiter betätigte, das gleiche Frankreich, das doch erst vor einem Jahrzehnt selbst Beweise über Beweise dafür geliefert hat, wie hervorragend es bei ihm selbst mit der Zivilisation bestellt ist. In jenen düsteren Tagen des Sommers 1923 und vor- und nachher stand Frankreichs Militärmacht im Herzen Deutschlands an Rhein und Ruhr, und wie sie in diesem Land hausten, das hat ja deutlich genug der im März aus dem besetzten Gebiet ausgewiesene Regierungspräsident Grützner in seinem Protestschreiben an den französischen General Degoutte ausgedrückt: „Ich habe in den letzten Tagen im unbesetzten Deutschland das Verhalten Ihrer Truppen seit dem 11. Januar wiederholt zusammenfassend dahingehend geschildert, daß es kein Verbrechen und kein Vergehen des deutschen Strafgesetzbuches, ja der Kriminalgesetzgebung der gesamten Kulturwelt gäbe, das Ihre Truppen auf deutschem Boden nicht begangen hätten."

Noch deutlicher zeigt das eine Statistik, die die Reichsregierung über die ersten fünf Monate der Ruhrbesetzung vor nun 10 Jahren, am 11. Juli 1923, veröffentlichte. So unvollständig diese Ruhrbilanz war und so sehr sie von der folgenden Zeit der Ruhrbesetzung noch weit in den Schatten gestellt wurde, so deutlich sprechen doch ihre Zahlen. Die Bilanz über den Ruhreinfall begann mit der Zahl der Todesurteile, deren in 5 Monaten 9 gefällt worden waren, davon 1 auch schon vollstreckt, das an unserem unvergeßlichen Albert Leo Schlageter. Neben ihm hatten 92 Privatpersonen die Kulturaufgabe Frankreichs an der Ruhr mit dem Leben bezahlen müssen, so etwa bei dem Blutbad von Essen, bei dem 9 Arbeiter der Kruppwerke sofort getötet wurden, 3 tödlich verletzt waren und über 30 schwer verletzt wurden. Die Besatzungsbehörden vertrieben nach jener Regierungsbilanz in den 5 Monaten 75 714 Deutsche von Haus und Hof, davon wurden über 71 000 ausgewiesen. Am meisten waren von den Ausweisungsbefehlen die Beamten der Reichsbahn, der Reichsfinanzbehörden und der Verwaltung betroffen. Außerdem wurden allein im preußischen Einburchsgebiet 169 Schulen mit 1537 Klassen für 50 000 Schüler von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt. Es ginge zu weit, noch weitere Zahlen aus der grauenhaften Bilanz hervorzuholen, fest steht jedenfalls, daß der Erfolg der von deutscher Seite so schwer bezahlten Aktion vollkommen ausblieb und auch zu dem militärischen Aufwand Frankreichs und Belgiens in keinem Verhältnis stand. In 5 Monaten konnte an Kohle und Koks knapp das Doppelte dessen aus dem Ruhrgebiet abgefahren werden, was Deutschland in den ersten 10 Tagen des Januar 1923 freiwillig geliefert hatte. Wer zu solchen Taten, zu solchem Terror fähig ist, der noch dazu auf fremden Boden begangen wurde, der verlöre auch dann das Recht, über einen „Nazi-Terror" in Deutschland zu schreiben, wenn es auch einen solchen gäbe.

Hitlers Erfolg international bestätigt.

Genfer Arbeitsamt stellt sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland fest.

— Berlin, 11. Juli. Wie Berliner Blätter aus Genf melden, hat das internationale Arbeitsamt seine neuesten Statistiken über den Stand der Weltarbeitslosigkeit veröffentlicht. Dabei wird festgestellt, daß zum erstenmal seit Beginn der Wirtschaftskrise eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei.

Geradezu sensationell ist nach diesen von einer internationalen Instanz gemachten Untersuchungen die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, wo der Kampf gegen dieses Uebel bisher am erfolgreichsten durchgeführt worden ist.

Was die anderen europäischen Länder angeht, so geht aus den Statistiken hervor, daß dort die Krise, soweit sie sich in den Ziffern der Arbeitslosen ausdrückt, unvermindert anhält. Eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Vorjahr wird festgestellt in der Tschechoslowakei, den skandinavischen Ländern und in Holland. Außerhalb Europas wird eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in Japan, Australien, Chile und Palästina verzeichnet. Mit diesen Aufzeichnungen wird zum erstenmal auch international bestätigt, daß der hartnäckige Kampf Hitlers gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit in Deutschland schon jetzt von Erfolg gekrönt ist.

Wie Mussolini seine Italiener erzieht.

— Mailand, 10. Juli. Der „Popolo d'Italia" veröffentlicht ein Schreiben Mussolinis an einen italienischen Föderalsekretär. Mussolini sagt darin:

1. Nicht am Tage, aber weniger noch zur Nachtzeit die sogenannten Luxuslokale des Zentrums, Restaurant-theater usw. besuchen!

2. Soviel wie möglich zu Fuß gehen. Falls ein Auto nötig, keinen Luxuswagen benutzen. Besser noch ein Motorrad!

---

sorgen, daß die Eingeborenen alles bekommen, was auf dem Wege gleichwertiger Abfindung für sie zu erlangen ist."

Die Zusatzverordnung fand schließlich die Zustimmung aller Mitglieder der Gesetzgebenden Körperschaft, auch des ihr als Anwalt der Interessen der Eingeborenen beigegebenen Vertreters der Missionen, Canon Burns. Der erkannte an, daß die Ausbeutung des Goldfelds durch die Eingeborenen nicht aufgehalten werden könne und fürchtete nur (nach dem Zeitungsberichte), was an Ereignissen möglich sei, wenn Leute hereinströmten unbekannter Herkunft und mit unterschiedlicher Auffassung der Eingeborenen.

Wir wissen alle: Wer in den Lichtkreis eines Scheinwerfers gerät, der ist geblendet und handelt verwirrt. In Afrika machen sich das gewissenlose Autofahrer zunutze und erlegen ohne Mühe Wild, das in das Blendlicht ihrer Lampen gerät und davon hypnotisiert wird. Hier sehen wir, wie der Glanz des aufgedeckten Goldes von Kakamega eine hypnotische Macht auf alle die von ihm Ueberstahlten ausübt, die noch viel dämonischer bannt als des Scheinwerfers Licht. Ist es recht, wenn wir sie kritisieren? Wohl, wir haben die Pflicht dazu, denn dieser Glanz führt in den völkischen Tod. Der Kern des Gesetzes zur Bewahrung des Landes der Eingeborenen von 1930 ist ohne Frage die Bestimmung, daß in den Eingeborenenreservaten kein Land an Fremde verkauft oder verpachtet werden darf. Alleinige Ausnahme davon macht das Vorkommen von Mineralien. In diesem Falle ist das Enteignungsrecht der Krone übergeordnet. Damit aber dennoch das Lebensrecht des Eingeborenen an seine Bindung, an den Boden, nicht beeinträchtigt, noch in seinem Wesen, als volksgliedlich selbstmächtiger Nutznießung daran verändert werde, sah dieses Gesetz als Abgeltung der Betroffenen nur Land vor, das dann dem Reservate an Stelle des beschlagnahmten angefügt werden mußte. Dieser Kern ist durch das Zusatzgesetz ausgehöhlt. Denn die Entschädigung mit Geld ist doch offensichtlich das, was der Gesetzgeber von 1930 als den Landesinteressen der Eingeborenen abträglich, vermieden wissen wollte. Die Erfüllung dieser Vorschrift wäre zu beschwerlich gewesen. Das sagt man in einem Lande ausgesprochenen Großgrundbesitzes durch Europäer, die wie z. B. der Riesenlandbesitz des verstorbenen Lord Delamere es überhaupt nicht spüren würden, wenn sie zu gerechter, allgemein verpflichtender Abgeltung ein Stück Land an die Eingeborenen gegen höchstmögliche Entschädigung zum Gleicherhalte ihres Reservates abtreten müßten. Es wird versichert, daß man so wenig wie möglich von der Oberfläche des Landes beanspruchen werde. Nun, die wachsenden Schutthalden werden sich noch robuster Platz erzwingen, als es jetzt das Bedürfnis des Anfangs tut, das schon so stark ist, den Sinn eines Gesetzes in seinen Widersinn zu verkehren, obwohl keine neue Tatsache, die der Gesetzgeber vor zwei Jahren nicht gekannt hätte, ins Blickfeld getreten ist. Daß unter aller Goldglanzverwirrung leise das Gewissen schlägt, verrät des Berichterstattters Erklärung, die er zu der Behauptung des Kommissars gibt, sie würden in einigen Fällen gezwungen sein, die heiligsten Ueberlieferungen der Eingeborenen zu verletzen. Aus der Wahl dieser Worte kann unsereiner nur darauf schließen, daß es sich um Ahnenhaine und Stammesheiligtümer handeln wird. Der Zeitungsberichterstatter aber bringt sie in Zusammenhang mit der notwendigen Unterbringung dieser Leute auf Land, das anderen gehört, und sie darum von deren guten Willen abhängig macht.

Alle Verantwortlichen sind sich offenbar einig gewesen in der Voraussetzung, daß die Eingeborenen des betroffenen Gebietes den größten wirtschaftlichen Vorteil von der Goldfelderschließung haben werden, ja zu den Hauptnutznießern gehören, wie eines der Ratsmitglieder sagte. Damit rechtfertigen sie vor sich selber die Schaffung der gesetzlichen Handhabe für die Exclusion der Eingeborenen unter Erleichterungen des Vorganges, die die Entschädigung durch Geld möglich macht gegenüber der vom Gesetze ursprünglich allein zugelassenen Abgeltung in anderem Lande.

Fortsetzung folgt.

merhin, das Einkommen wird nach dem Wert der Leistungen verschieden sein müssen. Dies gerecht zu gestalten, wird die Sache des gerechten Staates sein.

Zunächst aber wird hier ein Wort von der Ausnutzung hoher Vermögen zu sagen sein. Sie geschieht, wenn nicht durch die Werte schaffende Verwendung im kapitalistischen Staat durch den Zins, d. h. durch einen arbeitslosen Gewinn aus dem Kapital. Es liegt mir nun fern, hier die Zinsfrage überhaupt aufzurollen, obwohl ich persönlich als Anhänger der Ottoschen Verrechnungstheorie für völlige Abschaffung des Zinses bin, wohl aber ist es nötig, hier ein Wort von der „Zinsknechtschaft" zu sagen. Kann jemand sagen, daß dies von den Nationalsozialisten aufgebrachte Schlagwort seine große Berechtigung hat? Leidet nicht die schwere Gegenwart auch ganz besonders deshalb so, weil die Menschheit in eine Knechtschaft des Zinses, wenigstens des überhohen, geraten ist? Und ist es daher nicht eine der wichtigsten Aufgaben der nationalen Regierung, diese Knechtschaft zu brechen? Ich denke, darüber ist weiter kein Wort zu verlieren. Und vom Standpunkt des Christentums aus sind solche Bestrebungen zu unterstützen.

Neben dem arbeitsfreien Einkommen des Zinses steht noch ein anderes, das als eine Giftblüte des liberalistischen Kapitalismus zu bezeichnen ist, nämlich das der sogenannten Aufsichtsräte. Wenn da ein Mann für wenige Sitzungen ein nach Zehntausenden, ja Hunderttausenden zählendes Einkommen hat, während neben ihm ein anderer — vielleicht sein Arbeitnehmer — nicht weiß, wie er seine Familie ernähren soll, so ist dies nicht nur unsittlich, sondern auch absolut unchristlich, und der Staat des nationalen Sozialismus sollte Wege finden, diese Giftblüte und die Pflanze, aus der sie erwuchs, schleunigst zu vernichten.

Und nun das Einkommen aus regelrechter Arbeit. Der Arbeiter ist seines Lohnes Wert, und zwar seiner Arbeit entsprechend. Das ist ein durchaus christlicher Grundsatz. Aber wir haben schon darauf hingewiesen, daß es schwer ist, die Arbeit geldlich gerecht zu werten? Wie soll da ein Maßstab gefunden werden, daß eine Gleichbewertung bei der Ungleichheit der Menschen und ihrer Leistungen ausgeschlossen ist, muß für den Christen selbstverständlich sein, schon nach dem tiefen Sinn jenes Gleichnisses von den anvertrauten Pfunden. Und wenn verstiegene Idealisten — oder sind es Materialisten? — des Kommunismus etwa auf die Gleichwertung aller menschlichen Leistungen dringen, so liegt darin eine völlige Verkennung des Menschentums. Ein „normaler" Mensch, der sich seiner geringeren Leistungsfähigkeit bewußt ist, muß sich auch gegen solche Gleichbewertung seiner geringeren Leistungen mit offenkundig höheren erklären, vom christlichen Standpunkt aus erst recht.

Andererseits muß die Höhe der Bewertung der Arbeitsleistungen eine Grenze haben. Ihre Schrankenlosigkeit in dem hinter uns liegenden liberalen Zeitalter ist ein Unfug, der leider immer noch nicht ganz vernichtet ist. Da ist z. B. zu sagen, daß die sogenannten Repräsentations, und Aufwandsgelder keine Berechtigung haben. Gewisse „Repräsentationen", wie z. B. luxuriöse Essen und Gesellschaften, sollte der Staat nicht dulden oder, wenn sie doch gegeben werden, ihre Bestreitung den Betreffenden überlassen. Ein so armes Volk wie wir kann sich solche „Repräsentationen" nicht mehr leisten und muß von seinen Beamten größte Einfachheit und Maßhalten verlangen. Wer diese nicht einhalten kann, ist nicht würdig, Beamter eines nationalen Staates zu sein. — Wenn aber z. B. ein Oberbürgermeister als „Aufwandsgeld" für die Wartung seines Hundes fordert und erhält, während nebenan sein „Nächster" hungert, so ist dies nicht nur unsittlich und unchristlich, sondern ein Verbrechen, tausendmal schwerer, als wenn ein Hungriger ein Brot stieht. Gewiß wird manche höhere Stellung von ihren Inhabern auch geldlich mehr verlangen als eine niedere, z. B. bei Wohltätigkeitssammlungen usw. Dafür hat der Betreffende aber eben auch ein entsprechend höheres Gehalt. Noch besser wäre eine besondere Kasse für solche amtlichen Aufwendungen.

Oder wenn wieder ein Oberbürgermeister — von anderen gilt natürlich dasselbe — für seine beruflichen Leistungen mehr als 100 000 Mark jährlich erhält, während er duldet, daß in seiner Gemeinde den unverschuldet Arbeitslosen die karge Unterstützung noch weiter gekürzt wird, so hat er nicht die Fähigkeit ein so hohes Amt zu bekleiden. Unchristlich ist er jedenfalls, und wenn er noch so laut sein angebliches Christentum zur Schau trägt. — Diese Beispiele lassen sich vermehren. Sie sprechen laut und vernehmlich: Christliche Gesinnung muß sich gegen so hohe Einkommen erklären.

Und wie hat sich nun der Christ gegenüber der Bewertung seiner Arbeit zu stellen? Das ist ja bei alledem vielleicht die wichtigste Frage; denn wir müssen uns doch darüber klar sein, daß alle Maßnahmen auf wirtschaftlichem usw. Gebiet nur dann wirklichen Erfolg haben, wenn sie von dem einzelnen in der richtigen Gesinnung aufgenommen werden. Und dies soll doch bei uns — und gerade in dem neuen nationalen Staat — die christliche sein! — Es wird dabei im wesentlichen nicht auf mittelwertige, sondern extrem wertige Leistungen ankommen, also auf Menschen mit recht geringwertiger und sehr hochwertiger Begabung. Wenn ein Christ sich bewußt ist, daß ihm nun einmal eine geringere Begabung zuteil geworden ist, so wird er trotzdem auch mit diesem „Pfund" arbeiten, und dankbar sein, wenn er zureichendes Auskommen und Versorgung im Alter hat. Dieses aber muß ihm der gerechte soziale Staat gewährleisten. Im allgemeinen wird bei Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht bei Menschen geringwertiger Leistungen — stets christliche Gesinnung vorausgesetzt — wohl weniger Widerspruch erhoben als von seiten der anderen, also derjenigen, die hochwertigste Leistungen aufzuweisen haben. Bei diesen wird die Erfüllung des Grundsatzes: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", ganz wesentlich schwerer sein; denn sie werden sich sagen, daß sie in dem bisherigen Staat zufolge ihrer Leistungen ein viel höheres Einkommen erreichen konnten. Aber gerade bei ihnen wird sich daher auch der christliche Standpunkt am schönsten bewähren können. Er wird von ihm aus das Opfer für die Allgemeinheit freudig leisten, und er wird sich sagen, daß gerade er mit seinen größeren Gaben und seinen höheren Leistungen dazu berufen ist, für den Nächsten mit zu schaffen und denen eine zureichende Existenz zu sichern, die das Leben nicht so wie ihn begünstigt hat. So werden also hochwertige Menschen im nationalen Staat angesichts des deutschen Sozialismus gerade vom christlichen Standpunkt aus die Kraft gewinnen können, jenen höchsten Einkommen im bisherigen Staate freudig zu entsagen; denn der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ist tief christlich, und er kann eigentlich nur von denen freudig befolgt werden, die das Wort ihres Meisters kennen: Was ihr getan habt diesen euren geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.

Gerade vom christlichen Standpunkt aus lassen sich die hohen Einkommen nicht rechtfertigen, weil sie die Möglichkeit sozialer Gerechtigkeit beeinflussen, denn jeder Verzicht auf ein übermäßig hohes Einkommen ermöglicht es der Gesamtheit, für die Menschen, denen das Leben nur geringerwertige Leistungen gestattet, besser zu sorgen. Was kann man denn eigentlich im tiefsten Grunde für solche Höchsteinkommen sagen? Schließlich doch nur, daß sie den Inhabern ein größeres Wohlleben gestatten, dies aber ist direkt unchristlich. Sie lassen sich also nie und nimmer christlich rechtfertigen.

Zwei Aufgaben

Kanzlerrede in Dortmund

Anläßlich einer Tagung der SA. aus Westfalen, an der rund 70 000 SA.-Männer teilnahmen, gab Reichskanzler Adolf Hitler einen kurzen Rückblick auf die letzten 14 Jahre und betonte, daß er mit mehr Zeit für den nationalsozialistischen Kampf gerechnet hätte.

Wir haben Position um Position errungen, so fuhr der Kanzler dann fort, und tatsächlich den Geist der Zwietracht bekämpft, über Konfessionen, Klassen und Berufe hinweg die Gewalt eines einheitlichen Reiches gesetzt. Ein Wille kann heute dieses Volk beherrschen und damit führen und läutern.

Die Parteien sind beseitigt und werden niemals wiederkehren. Diese Parteien stoßen jetzt gegen eine eiserne Organisation des nationalen Willens. Ich darf mit Stolz bekennen, daß wir hiermit etwas Gewaltiges in der deutschen Geschichte geleistet haben. Wer hätte jemals geglaubt, daß fünf Monate nach unserem Machtantritt das Zentrum die Fahne verlassen würde. Wir sind glücklich darüber, denn wir möchten gerne, daß der Kampf im religiösen Leben ein Ende nimmt und sind auch glücklich, daß es gestern gelang, in Rom ein Konkordat zu paraphieren, auf Grund dessen nunmehr für alle Zukunft den Priestern verboten sein wird, sich politisch in den Parteien zu betätigen. Wir sind glücklich darüber, weil wir die religiöse Not von Millionen Menschen erkennen und wissen, wie sehr sie sich danach sehnen, nicht priesterliche Vertreter der Parteien sondern einer religiösen Ueberzeugung zu sehen. Damit ist aber zugleich der politische Machtkampf abgeschlossen.

Eine Bastion nach der anderen haben wir nun in unseren Besitz genommen. Dank der eigenen Kraft und derer, die gewillt sind, auf unseren Boden zu treten, ist heute eine Front aufgerichtet, die nach Eroberung der letzten Position das Reich *ausbauen und verteidigen* wird. Wir sehen heute zwei riesige Aufgaben vor uns, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Ich weiß, daß viele Gegner nicht glauben werden, daß wir diese Aufgabe meistern könnten. Sie werden sich genau so irren, wie sie sich früher geirrt haben. Die Macht haben wir, niemand kann uns heute mehr Widerstand entgegensetzen, nun aber müssen wir den deutschen Menschen für diesen Staat erziehen.

Unser nationalsozialistischer Staat soll ewig stehen, indem wir die Bürger zu ihm erziehen, indem wir das deutsche Volk auf den Sinn dieser Ideen hundertprozentig einstellen. Es muß sich darum handeln, in den kommenden Jahren unermüdlich immer mehr die Erziehung der Millionen Menschen durchzuführen, auf daß sie hineinpassen in unseren Staat. Diese Erziehung ist nicht in der Theorie möglich, sondern wir schaffen die Schule der *Praxis*, in die in Zukunft jeder Deutsche kommen wird, um geschult zu werden für deutsches Sein. Wir werden genau so zähe sein wie in den hinter uns liegenden 14 Jahren.

Die zweite Aufgabe ist: Wir sehen in Deutschland eine riesige Armee von Menschen, die ohne Arbeit und damit ohne tägliches Brot ist. Wir stehen jetzt vor der größten Aufgabe, die je einem Staat gestellt worden ist: Wir müssen die Millionenarmee der deutschen Arbeitslosen besiegen. Als ich am 30. Januar die Macht übernahm, bat ich mir vier Jahre Zeit aus. Nun sind von diesen vier Jahren nicht ganz sechs Monate vergangen, und wir haben in dieser Zeit die Zahl der Arbeitslosen um rund zwei Millionen heruntergekämpft und werden sie weiter herunterkämpfen Monat um Monat, Jahr um Jahr, bis wir diese Frage gelöst haben. Wir haben uns dieses Ziel gesteckt, und ich werde dies Ziel verfolgen und mit mir alle meine Mitkämpfer.

Und wenn wir einen Mißerfolg haben sollten, werde ich am nächsten Tage wieder anfangen. Wir werden die Konsumkraft unseres Volkes wiederherstellen und die deutsche Wirtschaft wieder befruchten, und werden damit den Millionen Menschen nicht nur Lebensmöglichkeit schaffen in materiellem Sinn, sondern werden ihnen die Verzagtheit nehmen, die in der Aussichtslosigkeit liegt, mit der sie den Aufgaben des Lebens gegenüberstehen.

Wir sind, so beendete der Kanzler alsdann seine Rede, die größte Organisation, die jemals in Deutschland bestanden hat. Wir müssen so führen, daß noch spätere Generationen mit Stolz auf diese Zeit zurückblicken. Auf uns liegt nicht

---

Bekenntnis.

Ich hoff', ich hab das Meine nun getan
Und geb' nun freudig andern freie Bahn.
Mit Freud' und Sorge geh' ich von Euch fort
Von hier an einen stillen, heil'gen Ort.
Ihr baut nun weiter an dem Dritten Reich, —
Den Weg zum vierten zeige ich Euch gleich.
Den Streit um das Bekenntnis hab' ich satt.
Ich kenn' nur ein Bekenntnis — das der Tat.
Denn nichts auf dieser Erde kann besteh'n,
Wenn wir den Pfad der Liebe nicht begeh'n. —

Georg Bonne.

Können Lebenswerte eines Volkes abgegolten werden?

Von D. Bruno Gutmann, Moschi (Ostafrika).

Fortsetzung.

Die französische Revolution ist gerade damit hervorgetrieben worden, daß die Bauerngemeinde solidarisch haftbar war, und also ein Bauer, der seine Steuer gezahlt hatte, immer in der Gefahr schwebte, für einen andern, zahlungsunfähigen, ins Gefängnis geworfen zu werden. Die einzig gesunde Form der Selbstverwaltung afrikanischer Stämme kann nur die volksorganische verantwortliche sein. Wie weit man aber davon entfernt ist, beleuchtet schlaglichtartig ein Vorbehalt, der dem Zusatze beigefügt ist, und als wichtig begrüßt wird. Dieser Vorbehalt bestimmt ausdrücklich, daß es nicht notwendig sei für den Zentralausschuß, einen beabsichtigten Ausschluß (exclusion, nicht expropriation nennt man diese für unbestimmte Zeit vorgesehene Landübernahme zur Verpachtung an die Goldsucher) der Ortsverwaltung oder den betroffenen Eingeborenen mitzuteilen. Die Begründung ist wundervoll naiv. Der Chief Native Commissioner gab sie in der Sitzung der gesetzgebenden Körperschaft am 20. Dezember 1932 mit den Worten: „Der Ausschluß würde den Eingeborenen doch nicht verständlich sein (would not be popular with the natives) und sie darum zu befragen, wäre nur eine Posse. Es sei unwahrscheinlich, daß sie zustimmen würden, was man auch für eine Entschädigung zahlen werde. Das gleiche gelte von den Körperschaften. Es komme nichts dabei heraus, wenn man zu ihnen gehe und sie befrage. Nach der Grundverordnung (jener Native Lands Trust Ordinance) sei es Pflicht der Zentralkörperschaft, die Ortsverwaltung zu befragen, und das werde dem Geiste nach auch fortgeführt, denn es sei ein Eingeborener als Vertreter der Ortsverwaltungen vorhanden, so daß für Kenntnis der örtlichen Verhältnisse bei der Entscheidung gesorgt sei." Der zum Anwalt für die Interessen der Eingeborenen bestellte Kommissar schloß an diese Ausführung die Worte: „Es ist kein Vergnügen für mich, etwas einführen zu helfen, das den Eingeborenen, deren Interesse ich zu schützen habe, unverständlich ist. Aber wie schon aufgewiesen, sind es die Eingeborenen, die die größten Gewinner dabei sein werden. Sie sind es bereits und haben jetzt Gelegenheit zu Reichtum und Wohlstand zu gelangen, von dem sie früher nie gewußt noch gehört haben. Und trotz der Unbequemlichkeit für sie und der Verletzung ihrer Gefühle und Empfindungen ist es gewiß, daß sie von der korrekten Verwaltung dieser Angelegenheit den größten Vorteil haben werden. Auf jeden Fall behandeln wir sie genau so wie jeden andern Untertanen seiner Majestät." Der Kommissar schloß mit den alles entscheidenden Worten: „If gold is to be found in their land, that gold must be developed."

Diesem Satze von der allen Lebensrechten vorgeordneten Macht des Goldes ist nicht widersprochen worden. Aber inzwischen ist doch ein Widerspruch zutage getreten. In der Zeitung meldete er sich selbst zu Wort mit den fetten Lettern einer Ueberschrift: „a kitchen paved with gold" („eine Küche mit Gold gepflastert"). Darunter wird erzählt, daß einer beim Grundgraben für ein Haus in der entstehenden Stadt Kakamega auf eine Goldader stieß. „Unfortunately the prot is in the township and cannot be exploited" („unglücklicherweise liegt die Stelle im Stadtbereiche und kann nicht ausgebeutet werden"). Darum hat der glückliche Entdecker dieses Goldgestein zum Pflastern seiner Küche benutzt. Wie groß ist doch der Respekt des modernen Menschen vor dem Entstehungsherd seiner Zivilisation, der Geschäftsstadt. Im Namen der Zivilisation zwingt er die Menschen von ihrer ererbten Scholle herunter, die wirklicher Nährboden für sie ist. Seine Haftstelle im Umtriebe der Geschäfte aber, die er ohne Schaden für seine Welt ebenso beweglich und verschiebbar halten könnte wie sich selber, hat sogar die Macht, die Ausbeutung des Goldes unmöglich zu machen.

Doch zurück zu den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaft. Wertvoll sind da noch Aeußerungen, die der Kommissar tat im Anschluß an die Abgeltung durch Geld in die Kasse der Ortsverwaltungen. Er sagte da: „Das Gesetz ist der eingeborenen Bevölkerung unverständlich, denn es setzt eine Auffassung der Verwendung von Land voraus die dem Denken der Eingeborenen fremd ist. Kein noch so hoher Entschädigungsbetrag würde sie veranlassen, freiwillig der Verpachtung ihres Landes zuzustimmen. Ich fürchte, wir müssen ihre Gefühle kränken, ihre Empfindungen verwunden und in einigen Fällen wohl auch ihre heiligsten Ueberlieferungen verletzen". Der Berichterstatter macht hier folgende bemerkenswerte Einfügungen: indem wir Eingeborene von einem Stück Land entfernen, auf dem zu leben sie das Besitzrecht hatten, und sie auf einem andern Stück ansetzen, dessen Besitzer das Recht haben, sie davon zu vertreiben.

„Wir müssen es mit diesen Schwierigkeiten aufnehmen. Ich kann mir keine andere Entscheidung denken, es sei denn, daß wir den Reichtum ungehoben lassen, der dem Lande den Wohlstand sichert, an welchem jede einzelne Gemeinschaft Anteil haben kann. Wir müssen nur dafür

nur die gewaltige Verantwortung für die jetzige Zeit, auch die Zukunft wird davon abhängen. Wir haben nicht nur für uns und für unsere Gegenwart gekämpft sondern auch für die Zukunft.

Unsere Bewegung ist damit aber auch des deutschen Volkes einzige Hoffnung und einziger Glaube an die Zukunft. Schart euch um dies Symbol und führt euch so, daß die kommende Generation in euch die stolzen Fahnenträger der deutschen Erhebung sieht.

Seid eine **Front von eiserner Disziplin, Entschlossenheit und Mut, eine Front der Brüderlichkeit und Kameradschaft. Die höchste Tugend war immer eiserne Zucht, blinde Treue und Disziplin und vor allem immer Beharrlichkeit. Wir müssen die großen Aufgaben erfüllen, denn außer uns ist niemand mehr da, der es könnte. Nach uns würde nur die Verzweiflung kommen.**

Nach der Rede des Reichskanzlers stimmte die Menge das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied an. Noch stundenlang dauerte der Abmarsch der braunen Kolonnen. Dank der bis ins kleinste gehenden Organisation verlief die Durchführung des Programms ohne jede Störung.

Deutschland wieder Beispiel für die Welt

Lord Rothermere über den Nationalsozialismus

In einem aus Norddeutschland an die Londoner „Daily Mail" gesandten Aufsatz preist der bekannte englische Zeitungsverleger Lord Rothermere die Umwälzung in Deutschland als einen „Sieg der Jugend". Er sagt u. a.:

„Diese Nation von 65 Millionen steht hinter Hitler in einer Einigkeit, wie niemals zuvor. Es handelt sich um etwas viel Bedeutungsvolleres als um die Einsetzung einer neuen Regierung.

Die Jugend hat das Kommando übernommen. Ein Strom jungen Blutes gibt dem Lande neues Leben.

Die Jugend hat das Recht zur Herrschaft.

Mussolini hat die oberste Gewalt in Italien im Alter von 39 Jahren erlangt. Seine Mitarbeiter waren sogar noch jünger. Gemeinschaftlich haben sie ihr Land zum bestregierten Staat Europas gemacht. Ich erwarte vertrauensvoll, daß ähnliche Ergebnisse in Deutschland durch Hitler zustande gebracht werden, der im Alter von 43 Jahren an die Macht gelangt ist."

Lord Rothermere wendet sich dann gegen die Verleumdung der Nationalsozialisten, die sich gerade in den Kreisen des britischen Publikums findet, und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die „alten Weiber beiderlei Geschlechts" vor zehn Jahren ebenso hysterisch wegen der angeblichen „faschistischen Grausamkeiten" in Italien gewesen seien. Jetzt, wo Italien während zehn Jahren nicht nur Frieden und Fortschritt erlebt habe, sondern verglichen mit anderen Ländern sogar wohlhabend sei, seien die vereinzelten Ausschreitungen der ersten Tage des Faschismus vergessen. In gleicher Weise würden die geringfügigen Fehlgriffe einzelner Nationalsozialisten in der Fülle der Wohltaten verschwinden, die das neue Regime bereits heute Deutschland zuteil werden lasse.

Die erste Wohltat sei die Beseitigung des parlamentarischen Regimes gewesen,

das kein Ansehen, kein Selbstvertrauen und keine Selbstachtung gehabt habe. Enthüllungen, die nach dem Sturz der parlamentarischen Minister gemacht worden seien, hätten gezeigt, daß ihre Regierung nur eine Schutzwand war, hinter der skrupellose Politiker, die sich Republikaner nannten, das Volk systematisch ausplünderten. Zum erstenmal in der ganzen Geschichte Deutschlands hätten sich Betrug und Korruption in großem Maße durch die Dienstzweige des Staates zu verbreiten begonnen. Ueberdies sei die deutsche Nation immer mehr unter die Kontrolle artfremder Bestandteile gekommen. In den letzten Tagen vor Uebernahme der Herrschaft durch Hitler habe die Zahl der jüdischen Beamten in Deutschland zwanzigmal soviel betragen wie vor dem Kriege. Nur drei deutsche Ministerien hätten direkte Beziehungen zur Presse gehabt, aber in jedem dieser drei Fälle sei der für die Mitteilung von Neuigkeiten und Erläuterungen zuständige Beamte ein Jude gewesen.

Von solchen Mißbräuchen habe Hitler Deutschland befreit. Durch Mobilmachung der Jugend des Landes zur Unterstützung einer kraftvollen Politik habe er eine verzagende und verbitterte Nation mit strahlender Hoffnung und Zuversicht erfüllt. Die erste Folge des neuen Geistes, mit dem er Deutschland beseelt habe, sei eine auffallende Wiederbelebung des innerdeutschen Handels.

In England sei in weiten Kreisen behauptet worden, daß die Nationalsozialisten „brutale junge Menschen seien, die über eine geduckte und erbitterte Bevölkerung durch Terror herrschten". Dies sei eine völlige Umkehr der Wahrheit. Durch persönliche Beobachtungen, so sagt Rothermere weiter, habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sympathie der überwältigenden Masse des deutschen Volkes auf seiten dieser energischen jungen Vaterlandsfreunde stehe. Sie seien der Vortrupp einer nationalen Erhebung, die unter der sachgemäßen und zielbewußten Führung Hitlers und seiner politischen Gefährten Deutschland schnell das Vertrauen zu seiner eigenen Kraft und zu seinem eigenen Schicksal wiedergebe, das durch die Niederlage im Kriege zerstört wurde. Es sei zwecklos und unbillig, diese Wiederbelebung des deutschen Geistes übel aufzunehmen.

Es sei Deutschlands Glück, daß es einen Führer gefunden habe, der all die stärksten Kräfte des Landes zum Allgemeinbesten zusammenzufassen verstehe. Hitler habe sein Land von der kraftlosen Führung zögernder und unentschlossener Politiker befreit. Er habe dem nationalen Leben den unüberwindlichen Geist sieghafter Jugend eingeflößt.

Freie Bahn der Wahrheit

Lord Rothermere hat mit dem vorstehenden Artikel erneut und mit Nachdruck die Aufgabe fortgeführt, die er als einer der ersten Ausländer dem neuen Deutschland gegenüber zu übernehmen sich verpflichtet fühlte: Der Wahrheit freie Bahn zu schaffen: Der Aufsatz erschöpft sich nicht etwa nur in der Zurückweisung all jener aus trübsten Quellen stammenden Verleumdungen gegen das neue Deutschland, sondern er hebt mit Nachdruck die Bedeutung hervor, die der nationalsozialistischen Idee nicht nur für die Neugestaltung des Reiches, sondern für die ganze Welt zukommt. Der Aufsatz gewinnt seine besondere Bedeutung dadurch, daß hier ein prominenter Führer jenes Volkes das Wort ergreift, das sich stets gerühmt hat, in der politischen Auseinandersetzung ein Höchstmaß von Fairneß zu üben. Es ist nicht nur das Gefühl für Sachlichkeit und Anstand in der politischen Auseinandersetzung, was Lord Rothermere zum Sprechen bewegt. **Es ist auch nicht allein die Erkenntnis des Unrechtes, das die Welt durch Versailles, gegenüber Deutschland sich aufgeladen hat, die dem unermüdlichen Vorkämpfer für eine direkte Neuordnung Europas aus seiner intensiven Beschäftigung mit den ungarischen Problemen erwachsen ist. Sondern es ist die mit Eindringlichkeit vertretene Ueberzeugung, daß die Politik Adolf Hitlers für Deutschland die richtige ist, daß es für Deutschland ein Glück ist, einen Führer gefunden zu haben, der die stärksten Kräfte des Landes zum allgemeinen Besten zusammenzufassen versteht.**

Aushebung der „Roten Wehr"

Dresden, 11. Juli.

Die Polizei hat eine Sitzung von Funktionären der Roten Wehr bei Moritzburg ausgehoben und vier umfangreiche Waffenlager dieser Leute ermittelt. Bis jetzt sind insgesamt 65 Personen, darunter auch ein Polizeioberwachtmeister, in Haft genommen worden.

Wie sie hausten.

Eine Ruhrbilanz vor 10 Jahren.

Erst ein paar Wochen trennen uns von der Zeit, da Frankreich an der Spitze derer stand, die sich in der Auftischung schauerlichster Greuelmärchen aus Deutschland hervortaten. Der Höhepunkt jener Greuelinflationen ist zwar schon überschritten, denn selbst die besten Propagandalügen haben nur kurze Beine, aber dennoch hat jene Haßpropaganda im nicht deutschfreundlichen Ausland noch nicht völlig aufgehört und immer noch tiefe Spuren hinterlassen. Ausgerechnet Frankreich war es, das sich bei den Aktionen in Deutschland als „Hüter der europäischen Zivilisation" als Spitzenreiter betätigte, das gleiche Frankreich, das doch erst vor einem Jahrzehnt selbst Beweise über Beweise dafür geliefert hat, wie hervorragend es bei ihm selbst mit der Zivilisation bestellt ist. In jenen düsteren Tagen des Sommers 1923 und vor- und nachher stand Frankreichs Militärmacht im Herzen Deutschlands an Rhein und Ruhr, und wie sie in diesem Land hausten, das hat ja deutlich genug der im März aus dem besetzten Gebiet ausgewiesene Regierungspräsident Grützner in seinem Protestschreiben an den französischen General Degoutte ausgedrückt: „Ich habe in den letzten Tagen im unbesetzten Deutschland das Verhalten Ihrer Truppen seit dem 11. Januar wiederholt zusammenfassend dahingehend geschildert, daß es kein Verbrechen und kein Vergehen des deutschen Strafgesetzbuches, ja der Kriminalgesetzgebung der gesamten Kulturwelt gäbe, das Ihre Truppen auf deutschem Boden nicht begangen hätten."

Noch deutlicher zeigt das eine Statistik, die die Reichsregierung über die ersten fünf Monate der Ruhrbesetzung vor nun 10 Jahren, am 11. Juli 1923, veröffentlichte. So unvollständig diese Ruhrbilanz war und so sehr sie von der folgenden Zeit der Ruhrbesetzung noch weit in den Schatten gestellt wurde, so deutlich sprechen doch ihre Zahlen. Die Bilanz über den Ruhreinfall begann mit der Zahl der Todesurteile, deren in 5 Monaten 9 gefällt worden waren, davon 1 auch schon vollstreckt, das an unserem unvergeßlichen Albert Leo Schlageter. Neben ihm hatten 92 Privatpersonen die Kulturaufgabe Frankreichs an der Ruhr mit dem Leben bezahlen müssen, so etwa bei dem Blutbad von Essen, bei dem 9 Arbeiter der Kruppwerke sofort getötet wurden, 3 tödlich verletzt waren und über 30 schwer verletzt wurden. Die Besatzungsbehörden vertrieben nach jener Regierungsbilanz in den 5 Monaten 75 714 Deutsche von Haus und Hof, davon wurden über 71 000 ausgewiesen. Am meisten waren von den Ausweisungsbefehlen die Beamten der Reichsbahn, der Reichsfinanzbehörden und der Verwaltung betroffen. Außerdem wurden allein im preußischen Einburchsgebiet 169 Schulen mit 1537 Klassen für 50 000 Schüler von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt. Es ginge zu weit, noch weitere Zahlen aus der grauenhaften Bilanz hervorzuholen, fest steht jedenfalls, daß der Erfolg der von deutscher Seite so schwer bezahlten Aktion vollkommen ausblieb und auch zu dem militärischen Aufwand Frankreichs und Belgiens in keinem Verhältnis stand. In 5 Monaten konnte an Kohle und Koks knapp das Doppelte dessen aus dem Ruhrgebiet abgefahren werden, was Deutschland in den ersten 10 Tagen des Januar 1923 freiwillig geliefert hatte. Wer zu solchen Taten, zu solchem Terror fähig ist, der noch dazu auf fremden Boden begangen wurde, der verlöre auch dann das Recht, über einen „Nazi-Terror" in Deutschland zu schreiben, wenn es auch einen solchen gäbe.

Hitlers Erfolg international bestätigt.

Genfer Arbeitsamt stellt sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland fest.

— Berlin, 11. Juli. Wie Berliner Blätter aus Genf melden, hat das internationale Arbeitsamt seine neuesten Statistiken über den Stand der Weltarbeitslosigkeit veröffentlicht. Dabei wird festgestellt, daß zum erstenmal seit Beginn der Wirtschaftskrise eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei.

Geradezu sensationell ist nach diesen von einer internationalen Instanz gemachten Untersuchungen die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, wo der Kampf gegen dieses Uebel bisher am erfolgreichsten durchgeführt worden ist.

Was die anderen europäischen Länder angeht, so geht aus den Statistiken hervor, daß dort die Krise, soweit sie sich in den Ziffern der Arbeitslosen ausdrückt, unvermindert anhält. Eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Vorjahr wird festgestellt in der Tschechoslowakei, den skandinavischen Ländern und in Holland. Außerhalb Europas wird eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in Japan, Australien, Chile und Palästina verzeichnet. Mit diesen Aufzeichnungen wird zum erstenmal auch international bestätigt, daß der hartnäckige Kampf Hitlers gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit in Deutschland schon jetzt von Erfolg gekrönt ist.

Wie Mussolini seine Italiener erzieht.

— Mailand, 10. Juli. Der „Popolo d'Italia" veröffentlicht ein Schreiben Mussolinis an einen italienischen Föderalsekretär. Mussolini sagt darin:

1. Nicht am Tage, aber weniger noch zur Nachtzeit die sogenannten Luxuslokale des Zentrums, Restaurant-theater usw. besuchen!

2. Soviel wie möglich zu Fuß gehen. Falls ein Auto nötig, keinen Luxuswagen benutzen. Besser noch ein Motorrad!

---

sorgen, daß die Eingeborenen alles bekommen, was auf dem Wege gleichwertiger Abfindung für sie zu erlangen ist."

Die Zusatzverordnung fand schließlich die Zustimmung aller Mitglieder der Gesetzgebenden Körperschaft, auch des ihr als Anwalt der Interessen der Eingeborenen beigegebenen Vertreters der Missionen, Canon Burns. Der erkannte an, daß die Ausbeutung des Goldfelds durch die Eingeborenen nicht aufgehalten werden könne und fürchtete nur (nach dem Zeitungsberichte), was an Ereignissen möglich sei, wenn Leute hereinströmten unbekannter Herkunft und mit unterschiedlicher Auffassung der Eingeborenen.

Wir wissen alle: Wer in den Lichtkreis eines Scheinwerfers gerät, der ist geblendet und handelt verwirrt. In Afrika machen sich das gewissenlose Autofahrer zunutze und erlegen ohne Mühe Wild, das in das Blendlicht ihrer Lampen gerät und davon hypnotisiert wird. Hier sehen wir, wie der Glanz des aufgedeckten Goldes von Kakamega eine hypnotische Macht auf alle die von ihm Ueberstahlten ausübt, die noch viel dämonischer bannt als des Scheinwerfers Licht. Ist es recht, wenn wir sie kritisieren? Wohl, wir haben die Pflicht dazu, denn dieser Glanz führt in den völkischen Tod. Der Kern des Gesetzes zur Bewahrung des Landes der Eingeborenen von 1930 ist ohne Frage die Bestimmung, daß in den Eingeborenenreservaten kein Land an Fremde verkauft oder verpachtet werden darf. Alleinige Ausnahme davon macht das Vorkommen von Mineralien. In diesem Falle ist das Enteignungsrecht der Krone übergeordnet. Damit aber dennoch das Lebensrecht des Eingeborenen an seine Bindung, an den Boden, nicht beeinträchtigt, noch in seinem Wesen, als volksgliedlich selbstmächtiger Nutznießung daran verändert werde, sah dieses Gesetz als Abgeltung der Betroffenen nur Land vor, das dann dem Reservate an Stelle des beschlagnahmten angefügt werden mußte. Dieser Kern ist durch das Zusatzgesetz ausgehöhlt. Denn die Entschädigung mit Geld ist doch offensichtlich das, was der Gesetzgeber von 1930 als den Landesinteressen der Eingeborenen abträglich, vermieden wissen wollte. Die Erfüllung dieser Vorschrift wäre zu beschwerlich gewesen. Das sagt man in einem Lande ausgesprochenen Großgrundbesitzes durch Europäer, die wie z. B. der Riesenlandbesitz des verstorbenen Lord Delamere es überhaupt nicht spüren würden, wenn sie zu gerechter, allgemein verpflichtender Abgeltung ein Stück Land an die Eingeborenen gegen höchstmögliche Entschädigung zum Gleicherhalte ihres Reservates abtreten müßten. Es wird versichert, daß man so wenig wie möglich von der Oberfläche des Landes beanspruchen werde. Nun, die wchsenden Schutthalden werden sich noch robuster Platz erzwingen, als es jetzt das Bedürfnis des Anfangs tut, das schon so stark ist, den Sinn eines Gesetzes in seinen Widersinn zu verkehren, obwohl keine neue Tatsache, die der Gesetzgeber vor zwei Jahren nicht gekannt hätte, ins Blickfeld getreten ist. Daß unter aller Goldglanzverwirrung leise das Gewissen schlägt, verrät des Berichterstattters Erklärung, die er zu der Behauptung des Kommissars gibt, sie würden in einigen Fällen gezwungen sein, die heiligsten Ueberlieferungen der Eingeborenen zu verletzen. Aus der Wahl dieser Worte kann unsereiner nur darauf schließen, daß es sich um Ahnenhaine und Stammesheiligtümer handeln wird. Der Zeitungsberichterstatter aber bringt sie in Zusammenhang mit der notwendigen Unterbringung dieser Leute auf Land, das anderen gehört, und sie darum von deren guten Willen abhängig macht.

Alle Verantwortlichen sind sich offenbar einig gewesen in der Voraussetzung, daß die Eingeborenen des betroffenen Gebietes den größten wirtschaftlichen Vorteil von der Goldfelderschließung haben werden, ja zu den Hauptnutznießern gehören, wie eines der Ratsmitglieder sagte. Damit rechtfertigen sie vor sich selber die Schaffung der gesetzlichen Handhabe für die Exclusion der Eingeborenen unter Erleichterungen des Vorganges, die die Entschädigung durch Geld möglich macht gegenüber der vom Gesetze ursprünglich allein zugelassenen Abgeltung in anderem Lande.

Fortsetzung folgt.

3. Bei offiziellen Anlässen kein „Ofenrohr" auf den Kopf setzen, sondern im schlichten Schwarzhemd der Revolution erscheinen.

4. In keiner Weise die eigenen Lebensgewohnheiten und die Lebenshaltung verändern.

5. Auf das Gewissenhafteste die Bürozeiten einhalten und mit der größten Geduld und Menschlichkeit die größtmögliche Anzahl von Personen anhören!

6. Die Arbeiterviertel häufig besuchen und zwar nicht nur „moralisch", sondern auch „physisch" unter das Volk gehen, besondern in den augenblicklich schwierigen Zeiten!

Der Konkordatsabschluß

Telegrammwechsel zwischen dem Vizekanzler und dem Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Juli.

Vizekanzler von Papen hat an den Herrn Reichspräsidenten aus Rom folgendes Telegramm gerichtet:

„Es gereicht mir zur großen Freude, Herrn Generalfeldmarschall melden zu können, daß heute nach schwierigen Verhandlungen das Konkordat paraphiert wurde. Ich bin fest überzeugt, daß der Abschluß des Vertragswerkes sowohl der Verinnerlichung der Kirche, wie durch die Abgrenzung großer Zuständigkeiten ganz besonders dem inneren Frieden des deutschen Volkes dienen wird und ich bin dankbar, daran habe mitwirken zu können, das neue Deutschland auf den geeinten Autoritäten der christlichen Kirche und des Staates aufzubauen."

Der Herr Reichspräsident hat wie folgt geantwortet:

„Für die Mitteilung vom Abschluß des Reichskonkordats danke ich bestens und beglückwünsche Sie herzlich zu dem in schneller, erfolgreicher Verhandlung erzielten Ergebnis, in dem ich eine wertvolle Förderung des Reichsgedankens und der inneren Befriedung unseres Volkes erblicke."

Papen wieder in Berlin

Der Caritas-Verband dankt der Reichsregierung für den Abschluß des Konkordates.

Berlin, 11. Juli.

Vizekanzler von Papen hat nach Paraphierung des Konkordates zwischen dem Reich und dem Hl. Stuhl Rom verlassen und ist bereits am Montag in Berlin eingetroffen. Nach Bekanntwerden der Paraphierung des Konkordates hat der deutsche Caritas-Verband folgendes Telegramm an den Herrn Reichskanzler gesandt:

Keine Herren und Sklaven!

Gömbös fordert Revision der Friedensverträge.

Wien, 11. Juli.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös hat das Wochenende auf Einladung des Bundeskanzlers Dollfuß in Wien verbracht. Gegenstand der Verhandlungen bildeten alle die beiden Länder interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen. **Vor seiner Rückreise nach Budapest erklärte er: er verlassen Wien mit der Genugtuung, daß er gute Arbeit für Ungarn und für Mitteleuropa geleistet habe. Das Schwergewicht der Besprechungen habe bei den wirtschaftlichen Beziehungen gelegen. Um diese zu vertiefen, etwa auftauchende Hindernisse durch persönliche Fühlungnahme beiseite zu schaffen, sei das Ziel der Besprechungen gewesen.**

Bei einem Empfang der Wiener Presse äußerte sich Gömbös auch zur Revisionsfrage. Er persönlich, so führte er aus, sei der Ansicht, daß wir auch auf friedlichem Wege an die Revision der Friedensverträge herangehen müssen, denn ohne Gesundung der politischen Atmosphäre, besonders in Europa, wird es kaum möglich sein, alle Fragen im Sinne des Friedens zu regeln.

In Genf wurde im vorigen Jahre die Gleichberechtigung ausgesprochen. Das ist das Grundprinzip, das auch wir wünschen, denn es ist unmöglich, daß es unter den Völkern Europas Herren und Sklaven gibt.

Der Viererpakt, der vom italienischen Ministerpräsidenten angeregt wurde, dürfte ein Schritt zur Genesung der politischen Lage sein. Wir begrüßen diesen Schritt gerade so, wie wir auch die Weltwirtschaftskonferenz in London begrüßt haben, trotzdem ich der Ansicht war, daß die der Londoner Konferenz gestellten Probleme zu schwierig und kaum zu bewältigen seien. Es ist daher meine Ueberzeugung, daß man eventuell eine europäische oder vielleicht noch besser

eine mitteleuropäische Konferenz

einberufen müßte, um jene Fragen in großzügiger Weise frei von einseitiger politischer Einstellung zu besprechen. Denn alle führenden Staatsmänner müssen sich vor Augen halten, daß die Völker selbst den Frieden wünschen. Friede aber kann nur dann sein, wenn Gerechtigkeit herrscht. Das sind die Grundprinzipien der ungarischen Politik. Wir wünschen die Gerechtigkeit. Wir wünschen Freundschaften zu schließen.

Wir sind bereit, wenn man mit uns in der Donaufrage Politik machen will, im Sinne des Friedens und — es sei dies neuerdings betont — im Sinne der Gerechtigkeit auf alle Anregungen einzugehen, um die Hemnisse wegzuräumen, die zwischen den Völkern die Entwicklung eines ruhigen Lebens hindern.

Auf eine Frage, ob auf Grund dieser Richtlinien mit der Kleinen Entente Verhandlungen eingeleitet würden, erklärte Ministerpräsident Gömbös:

„Wir haben mit der Kleinen Entente wirtschaftliche Besprechungen eingeleitet, und wir stehen auf freundschaftlichem Fuße auf der Grundlage von Kompensationsausgleichen. Selbstverständlich sind diese Fragen noch nicht endgültig."

Daladiers „Rechenschaftsbericht"

Der französische Ministerpräsident verteidigt seine Außenpolitik.

Paris, 11. Juli.

Im Departement Vaucluse hielt der französische Ministerpräsident Daladier eine große politische Rede, deren Zweck offenbar darin bestand, die Tätigkeit seines Kabinetts vor dem Lande zu rechtfertigen.

Im Mittelpunkt der Außenpolitik seiner Regierung habe, so führte der französische Ministerpräsident aus, der Völkerbund gestanden, und man habe entschlossen jede Politik der Isolierung, des Nationalismus, und der Illusion abgelehnt. Eine Regierung habe nicht das Recht, in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen, noch sich durch Gründe, die auf der Verschiedenheit der politischen Regime beruhe, bestimmen zu lassen. Auch Frankreich werde eine Einmischung in sein nationales Leben nicht dulden.

Auf die Abrüstungsdebatte übergehend, erklärte Daladier, daß Frankreich ernste Beweise (?) seines Willens, die Rüstungen herabzusetzen, ohne das Ergebnis der Arbeiten der Abrüstungskonferenz abzuwarten, gegeben habe. Daß die Abrüstungskonferenz jetzt vertagt worden sei, sei nicht auf Frankreich zurückzuführen (?), denn seine Stellungnahme sei klar. Es sei bereit, an der Abrüstung teilzunehmen, wenn sie gemeinsam durchgeführt werde, aber es wolle die Sicherheit haben, daß die Abrüstung keinen Hinterhalt bedeute. Deshalb fordere es eine ernste, ständige, mobile und automatische Kontrolle, die sich ausdehne auf die Fabrikation und den privaten Handel mit Waffen.

*

Ein altes französisches Sprichwort besagt: Wer sich entschuldigt, klagt sich an. Diesen Spruch kann man auch für die Rede Deladiers gelten lassen. Jedes Wort, das er zur „Rechtfertigung" der französischen Abrüstungspolitik anführt, ist gleichzeitig eine Anklage gegen sein eigenes Land und sein eigenes Kabinett, dessen Politik ganz zielbewußt auf die Sabotierung der Genfer Konferenzarbeiten eingestellt ist.

Henderson in Paris

Paris, 11. Juli.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist in Paris eingetroffen wo er Unterredungen mit Daladier und Paul-Boncour haben wird. Henderson beginnt damit seine Rundreise, die ihn von Paris nach Rom und von dort nach Berlin führen soll. Er hat die Absicht, die Grundlage für eine Verständigung bis zum Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz Mitte Oktober zu finden.

In Wien wurden in der Nacht zum Montag nicht weniger als 1600 Personen zwangsgestellt.

Zweck der Eheſtandsdarlehen

Erläuterungen zum Gesetz über Förderung von Eheschließungen.

Berlin, 11. Juli.

Das Reichsfinanzministerium hat eine kleine Druckschrift veröffentlicht, die alles Wissenswerte über die zahlreichen Vergünstigungen enthält, die der neue Staat den Heiratslustigen unter gewissen Voraussetzungen zu bieten bereit ist. Das Heftchen gliedert sich in acht Abschnitte, die sich zunächst über den Zweck von Eheſtandsdarlehen, über den Personenkreis der Empfangsberechtigten, über die Form und den Verlauf der Antragstellung und über die Form der Bekanntgabe des Darlehens aussprechen, und weiter noch wichtige Hinweise auf die Verwendung der Bedarfsdeckungsscheine, auf die Rückzahlungsvorschriften und schließlich noch auf die Fälle bieten, bei denen ein Erlaß oder eine Unterbrechung der Rückzahlung eintreten kann.

Durch das neue Gesetz zur Förderung von Eheschließungen soll folgendes Endziel erreicht werden.

1. Erhöhung der Zahl der Eheschließungen um jährlich 200 000.

2. Verminderung der Arbeitslosigkeit um 400 000 im ersten Jahr und 200 000 in jedem weiteren Jahre.

3. Entlastung der Arbeitslosenfürsorge um 200 Millionen Reichsmark im ersten Jahr, 300 Millionen Reichsmark im zweiten Jahr. 400 Millionen Reichsmark im dritten Jahr usw.

4. Verbesserung der Aufkommenssumme an Steuern und Abgaben auf die Dauer um rund 100 Millionen Reichsmark jährlich, sowie schließlich

5. Belebung fast aller Zweige der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Möbelindustrie, der Hausgeräteindustrie, der Textilindustrie, der Bauwirtschaft und des Güterverkehrs.

Denkmal der Arbeit

Errichtung auf dem „Großen Stern" in Berlin.

Berlin, 11. Juli.

Nach dem großartigen Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai wurde von Staatskommissar Engel die Anregung zur Errichtung eines großen Denkmales der deutschen Arbeit gegeben. Es liegt nunmehr ein Entwurf für das Denkmal von dem Künstler M. Bernstorff vor, der — wie es heißt — die Billigung des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten gefunden haben soll.

Das Denkmal soll auf dem „Großen Stern" im Tiergarten errichtet werden. Es stellt eine etwa 13 Meter hohe Steinpyramide dar, auf deren höchster Stelle eine drei Meter hohe Bronzegestalt eines jungen deutschen Arbeiters steht. In die Pyramide eingebaut wird eine sogenannte Ehrenhalle des deutschen Arbeiters, deren Eingang durch eine schwere Bronzetür verschlossen wird.

Das Innere wird als großes Gewölbe ausgebaut mit einem in die Erde gestoßenen Schwert.

Die Ehrenhalle des deutschen Arbeiters soll nur bei feierlichen Anlässen geöffnet werden. Um das Denkmal herum wird eine große, fünf Meter hohe Steinkolonade gelegt

Hitler als Katholik

Eine Erklärung des ehemaligen Paſewalker Lazarettgeistlichen.

Beuthen, 11. Juli.

Der Kuratus Kascha aus Oberwitz (Kreis Groß-Strehlitz) veröffentlicht in der „Ostdeutschen Morgenpost" folgende Erklärung:

„Da in weiten katholischen Volkskreisen noch immer die Ansicht verbreitet ist, daß unser Herr Reichskanzler Adolf Hitler der katholischen Kirche als Katholik feindlich gegenübersteht, möchte ich als ehemaliger Kaplan von Pasewalk, wo ich gleichzeitig Garnison- und Lazarettseelsorger war, und zwar in der Zeit von August 1918 bis August 1920, die Erklärung abgeben, daß der damalige Gefreite, Herr Adolf Hitler, andächtig dem katholischen Gottesdienst beigewohnt hat und ich ihn aus dieser Zeit als gläubigen Katholiken kenne. Diese Erklärung mußte ich abgeben, da der damalige Pfarrer bereits tot ist, und damit den Schmähungen gegen den Herrn Reichskanzler endlich die Spitze abgebrochen wird."

Jerusalem gegen Rom
nach dem Augenzeugen Josefus (70 n. Chr.) 1. Mk.
Selbstverlag Stadtpf. Lessing, Bindringen, Post Öhringen (Württ.)
Postscheckkonto Stuttgart 1200
Erschütternde Bilder vom Untergang Jerusalems. Notwendig zum vollen Verständnis des Kampfes Jesu.

Für die Einmachzeit

zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten
Aluminium-Einmach-Kannen
Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte **Korbwaren, Sessel und Liegestühle** an.
Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld

Suche zum 15. d. M. oder später gesunde, kräftige, christliche
Haustochter
die alle Hausarbeiten übernimmt. Kl. Taschengeld wird gewährt.
Frau Regierungsrat Kannenberg-Fischer, Podejuch bei Stettin, Kolowerweg 19.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko **Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.**

Haus Friede
Bad Pyrmont
bietet angenehm. Aufenthalt, ruhige Lage, sonn. Zimmer, Zentralheizung. Bei voller Verpflegung (4 Mahlzeiten) 4.— Mk. und 4.50 Mk.
H. Fischer, Bad Pyrmont, Waldeckerstraße 6.

Pomol, die flüssigen
Bodensee-Aepfel
in eingedickter Form ohne Zusatz von Zucker, Konservierungsmittel usw., gar. reines Naturprodukt. 1 kg gibt 8–10 L. alkoholfr. Apfelsaft
1½ kg Kanne RM 7.70
4½ kg Kanne „ 22.05
frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny Lindau-Reutin (Bodensee)

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD, TELEFON Nr. 1306

Erholung — Verjüngung — Heilung im
Kurort Elim - Bad Wildungen
Christliches Erholungsheim. Auch Wildunger Kuren ohne Kurtaxe. Gelegenheit zu **Naturkuren** auf Wunsch durch Direktor Goßmann (40jähr. Praxis Sanatorium Kassel Wilhelmshöhe) gegen alle Krankheiten, außer ansteckende. — 5 Pensionshäuser. Badehaus für alle Art Naturmittel. Sonnenbäder. Massagen. Vegetarische- und Fleischküche, Rohkost. Herrliche Landschaft, waldiger Südabhang. Pension 3,— bis 4,50 Mk. Bilderreicher Prospekt.
Evangelische Gemeinschaft.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**
Heute abend 8 Uhr Flicken.

— **Christlicher Verein junger Männer.**
Heute, Dienstag, 8¼ Uhr in Gosen Mitgliederversammlung. Vortrag v. Br. Sprinz: Wirtschaftliche, politische und religiöse Beobachtungen in der Schweiz. (Mitgliederversammlung ist Pflichtversammlung).

— **Frauenhilfe,** Mittwoch, 12. 7. 33 im Assapheum: „Joh. Hinr. Wichern als Erzieher."

— Donnerstag abend 8¼ Uhr ist in Gosen
Blaukreuzstunde.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.